



LAND

OBERÖSTERREICH

# Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Grieskirchen  
über die Einschau in die Gebarung

der Marktgemeinde

**Waizenkirchen**

## Impressum

**Herausgeber:**

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:  
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
Linz, im November 2009

Die Bezirkshauptmannschaft Grieskirchen hat mit Unterbrechungen in der Zeit von 15. Juni bis 14. Juli 2009 (Schlussbesprechung am 4. November 2009) durch zwei Prüfer gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Waizenkirchen vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2006 bis 2008 und der Voranschlag für das Jahr 2009 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Marktgemeinde und beinhaltet Feststellungen im Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Grieskirchen dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Marktgemeinde umzusetzen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>KURZFASSUNG</b> .....	<b>6</b>
WIRTSCHAFTLICHE SITUATION .....	6
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN .....	7
WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN.....	9
AUßERORDENTLICHER HAUSHALT .....	9
<b>DIE GEMEINDE</b> .....	<b>11</b>
<b>WIRTSCHAFTLICHE SITUATION</b> .....	<b>12</b>
HAUSHALTSENTWICKLUNG .....	12
MITTELFRISTIGER FINANZPLAN.....	13
FINANZAUSSTATTUNG .....	14
KOMMUNALSTEUER .....	14
AUFSCHLIEßUNGS- UND ERHALTUNGSBEITRÄGE .....	15
STEUER- UND GEBÜHRENRÜCKSTÄNDE .....	15
UMLAGEN .....	16
<b>FREMDFINANZIERUNGEN</b> .....	<b>17</b>
DARLEHEN .....	17
KASSENKREDIT .....	18
LEASING .....	18
HAFTUNGEN.....	18
<b>RÜCKLAGEN</b> .....	<b>19</b>
<b>PERSONAL</b> .....	<b>20</b>
<b>ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN</b> .....	<b>22</b>
WASSERVERSORGUNG .....	22
ABWASSERBESEITIGUNG .....	24
ABFALLBESEITIGUNG .....	25
KINDERGARTEN.....	26
SCHÜLERAUSSPEISUNG .....	28
ALTEN- UND PFLEGEHEIM .....	29
ESSEN AUF RÄDERN.....	31
MUSIKSCHULE.....	32
FREIBAD .....	33
FERNWÄRME .....	34
WOHNHÄUSER .....	35
<b>GEMEINDEVERTRETUNG</b> .....	<b>36</b>
GEMEINDERAT UND GEMEINDEVORSTAND .....	36
GEMEINDEINTERNE PRÜFUNG .....	36
SITZUNGSGELDER .....	36
VERFÜGUNGSMITTEL UND REPRÄSENTATIONSAUSGABEN .....	36
<b>WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN</b> .....	<b>37</b>
FEUERWEHRWESEN .....	37
FÖRDERUNGEN UND FREIWILLIGE AUSGABEN .....	37
VERSICHERUNGEN .....	37
BAUHOF.....	38
<b>AUßERORDENTLICHER HAUSHALT</b> .....	<b>39</b>
ÜBERBLICK ÜBER DEN A.O. HAUSHALT DES FINANZJAHRES 2008 .....	39
LÖSCHFAHRZEUG FREIWILLIGE FEUERWEHR UNTERHEUBERG.....	40
FREIWILLIGE FEUERWEHR RITZING.....	40
KINDERGARTEN - GRUPPENERWEITERUNG .....	40
SPORTVEREIN TRAININGSPLATZ.....	41
ÖFFENTLICHE BIBLIOTHEK .....	41

ORTSENTWICKLUNG .....	41
LANDESSTRASSEN (LINKSABBIEGESPUR) .....	41
GEMEINDESTRASSEN AUSBAU, GÜTERWEGEBAU .....	42
HOCHWASSERSCHUTZ ASCHACH .....	42
BETRIEBSBAUGEBIET INKOBA .....	42
WASSERVERBAND PRAMBACHKIRCHEN UND UMGEBUNG .....	42
KINDERSPIELPLATZ BAHNHOFSTRASSE .....	42
ANKAUF KLEIN-LKW .....	43
BAULANDERSCHLIEßUNG INZING .....	43
BETREUTES WOHNEN .....	43
KANALBAU .....	43
<b>OPTIMIERUNGSPOTENTIAL .....</b>	<b>44</b>
<b>SCHLUSSBEMERKUNG .....</b>	<b>45</b>

# Kurzfassung

## Wirtschaftliche Situation

Die Marktgemeinde Waizenkirchen konnte im Jahr 2006 – so wie in den Vorjahren – ihren ordentlichen Haushalt nicht ausgleichen. Im Jahr 2007 konnte v.a. durch höhere Einnahmen aus den Ertragsanteilen sowie durch diverse Ausgabeneinsparungen ein Haushaltsausgleich erzielt werden. Auch im Jahr 2008 konnte durch die Übernahme des Überschusses aus dem Vorjahr der Haushalt ausgeglichen werden. Weiters war es seit Jahren wieder möglich, Mittel des ordentlichen Haushaltes an den außerordentlichen Haushalt zuzuführen.

Stark belastend auf das Haushaltsergebnis wirkten sich in den vergangenen Jahren die Ausgaben für das Finanzierungsleasing für die Hauptschulsanierung aus. Mit einer Entlastung des ordentlichen Haushaltes kann nach dem Auslaufen des Finanzierungsleasings im Jahr 2013 gerechnet werden.

Der Voranschlag 2009 weist wiederum einen Abgang auf; dieser ist vor allem auf die steigenden Umlagen-Transferzahlungen und den erhöhten finanziellen Aufwand für den Kindergarten sowie die ungünstige Entwicklung bei den Ertragsanteilen zurückzuführen.

Entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung der Marktgemeinde kann der ordentliche Haushalt auch in den Jahren bis 2012 nicht ausgeglichen werden. Durch die ungünstigen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich vor allem auch auf die Prognosewerte der Ertragsanteile für die Planjahre 2010 bis 2012 auswirkt, ist die Aussagekraft der von der Marktgemeinde beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung bereits nach einigen Monaten wesentlich eingeschränkt. Der mittelfristige Investitionsplan sieht bei Einnahmen von 3.272.200 Euro und Ausgaben von 3.062.500 Euro einen Überschuss von 209.700 Euro vor, der zur teilweisen Bedeckung der aus dem Finanzjahr 2008 zu übernehmenden Fehlbeträge bei den einzelnen Vorhaben herangezogen wird. Der Marktgemeinde wird jedenfalls nahe gelegt, einer Ausfinanzierung der kostenintensiven Vorhaben der Vorjahre Priorität gegenüber der Verwirklichung von neuen Vorhaben einzuräumen.

Die Steuerkraft der Marktgemeinde setzte sich im Finanzjahr 2008 zu 18,8 % aus Gemeindeabgaben und zu 81,2 % aus den Ertragsanteilen und der Finanzzuweisung gemäß § 21 FAG 2008 zusammen. Im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 sind die Gemeindeabgaben von ca. 553.500 Euro auf ca. 629.600 Euro und somit um 13,76 % gestiegen, während sich die Ertragsanteile von ca. 2.174.100 Euro auf ca. 2.557.800 Euro um 17,65 % erhöht haben. Auf Grund des unterdurchschnittlichen Anstieges der Bevölkerung mussten für 2009 geringere Ertragsanteile veranschlagt werden, die zudem durch die Finanz- und Wirtschaftskrise weiter zurückgehen werden. Den Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen stand jedoch in den Jahren 2006 bis 2008 auch ein sehr dynamischer Anstieg von ca. 177.400 Euro bei den Umlagen-Transferzahlungen gegenüber, der sich vor allem auch im Finanzjahr 2009 mit einem veranschlagten weiteren Anstieg von 120.900 Euro verstärkt fortsetzt.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen sind Säumniszuschläge und Stundungszinsen vorzuschreiben und einzuheben. Abgabepflichtige, die die Frist zur Einreichung der Jahreserklärung über die Kommunalsteuer nicht wahren, kann ein Zuschlag bis zu 10 % der festgesetzten Abgabe auferlegt werden.

Der Darlehensstand betrug am Ende des Finanzjahres 2008 ca. 7.209.000 Euro, wovon ca. 4.768.000 Euro auf die Darlehen für die Siedlungswasserbauten, ca. 1.708.000 Euro auf die Wohnbauförderungsdarlehen des Landes für das Alten- und Pflegeheim und der Rest von

ca. 733.000 Euro auf Darlehen für die übrigen Bereiche der Gemeindeverwaltung (z.B. Straßenbau, Kindergarten, Freibad) entfielen. Der Nettoaufwand für den Annuitätendienst betrug im Finanzjahr 2008 ca. 404.000 Euro. Die Darlehen weisen marktkonforme Konditionen auf. Auf Grund des Voranschlages 2009 und der mittelfristigen Finanzplanung für die Planjahre 2012 wird sich der Annuitätendienst auch in diesen Jahren voraussichtlich auf diesem Niveau bewegen. Durch den rapiden Rückgang der für die Verzinsung maßgeblichen Indikatoren dürfte es zumindest in den Jahren 2009 und 2010 zu einem Rückgang des Zinsaufwandes kommen.

Die gleichlautenden und zudem nicht marktkonformen Angebote für den Kassenkredit weisen offensichtlich auf Absprachen zwischen den Geldinstituten hin. Es wird daher als notwendig angesehen, in Hinkunft neben den ortsansässigen Geldinstituten auch auswärtige Geldinstitute einzuladen und den Kassenkredit an das Geldinstitut mit den günstigsten Konditionen zu vergeben.

Der Aufwand für die Leasingverpflichtungen betrug im Finanzjahr 2008 ca. 239.500 Euro, wovon ca. 236.600 Euro auf das Leasing für den Schulbau entfielen. Der Leasingvertrag für das Schulgebäude und die damit verbundenen hohen Belastungen für den ordentlichen Haushalt laufen noch bis zum März 2013.

Am Ende des Finanzjahres 2008 beliefen sich die Rücklagen auf ca. 374.300 Euro, wovon ca. 239.100 Euro auf die Rücklage für das Alten- und Pflegeheim entfielen. Ca. 80.600 Euro der Rücklagen wurden im laufenden Finanzjahr zur Sondertilgung eines für die Freibadsanierung aufgenommenen Darlehens verwendet. Die bestehenden Rücklagen sind durchwegs zweckgebunden und können somit nicht zur Eindämmung eines Abganges im ordentlichen Haushalt herangezogen werden. Die Rücklagen sollten jedoch verstärkt zur Verstärkung des Kassenbestandes herangezogen werden, um die Zinsen für den Kassenkredit zu verringern.

## **Öffentliche Einrichtungen**

### **Wasserversorgung**

Der laufende Betrieb der Wasserversorgung erzielte in den vergangenen Jahren tendenziell steigende Überschüsse; so betrug der Überschuss im Finanzjahr 2008 ca. 44.200 Euro. Die Wasserbezugsgebühren wurden in den vergangenen Jahren jeweils auf dem Niveau der Mindestgebühren zuzüglich des bei Abgangsgemeinden erforderlichen Aufschlages von 0,20 Euro pro m<sup>3</sup> eingehoben.

Wenngleich die Marktgemeinde in den vergangenen Jahren die Anzahl der im Anschlussbereich liegenden und nicht an die Wasserversorgung angeschlossenen Liegenschaften deutlich verringern konnte, sind die Anstrengungen zur Umsetzung des Anschlusszwanges fortzuführen. Insbesondere sind in den Fällen, in denen bereits rechtskräftige Anschlussbescheide aus dem September 2007 vorliegen, weitere Maßnahmen zur Herstellung des Anschlusses erforderlich.

### **Abwasserbeseitigung**

Diese Einrichtung erzielte in den vergangenen Jahren jeweils Überschüsse von insgesamt ca. 197.300 Euro (Finanzjahr 2008 ca. 53.900 Euro). Wie bei der Wasserversorgung wurden auch bei der Abwasserbeseitigung die Kanalbenützungsggebühren auf dem Niveau der Mindestgebühren zuzüglich des bei Abgangsgemeinden erforderlichen Aufschlages von 0,20 Euro pro m<sup>3</sup> eingehoben.

### **Abfallbeseitigung**

In den Jahren 2006 bis 2008 erzielte diese Einrichtung einen geringfügigen Überschuss von 130 Euro. Im Jahr 2008 wurde ein Abgang von ca. 2.800 Euro erzielt, wobei dieses Ergebnis

auf abschließende Rekultivierungsmaßnahmen (Kosten ca. 5.900 Euro) bei der ehemaligen Bodenaushubdeponie zurückzuführen war. Der kostendeckenden Führung dieser Einrichtung ist weiterhin entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden.

#### Kindergarten

Der Kindergarten wird von der Pfarrcaritas der Pfarre Waizenkirchen seit September 2008 fünfgruppig geführt (vorher viergruppig). In den Jahren 2006 bis 2008 bewegte sich der Abgang zwischen ca. 71.200 Euro bis ca. 77.500 Euro. In diesem Abgang ist neben der Abgangsdeckung an die Kindergartenbetreiberin auch der Nettoaufwand für die Beförderung der Kinder und der Annuitätendienst für ein Darlehen enthalten. Im Voranschlag 2009 ist ein Abgang von 119.600 Euro präliminiert, der vor allem im Zusammenhang mit dem Aufwand für die fünfte Gruppe steht; die fünfte Gruppe wird im Jahr 2009 erstmals voll budgetwirksam. Durch das unerwartete Ausscheiden älterer Bediensteter und die Aufnahme jüngerer Bediensteter sowie die nachträgliche Refundierung eines Personalkostenersatzes kommt es jedoch voraussichtlich zu einer Verringerung des Abganges.

Die Miete für den Kindergarten ist entsprechend der eingetretenen Steigerung des Verbraucherpreisindex neu festzusetzen.

Mit dem Betrieb des fünfgruppigen Kindergartens wurden die Leiterstunden von vorher acht Wochenstunden auf 15 Wochenstunden erhöht; die vorher mit dem Mindestausmaß festgesetzten Leiterstunden liegen nunmehr beim fünfgruppigen Kindergarten um fünf Wochenstunden über dem vorgesehenen Mindestausmaß. Die Marktgemeinde sollte daher Gespräche mit der Betreiberin des Kindergartens aufnehmen und dabei die unbedingte Notwendigkeit der um fünf Wochenstunden über den vorgesehenen Mindeststunden liegenden Leiterstunden hinterfragen.

#### Schüleraus speisung

Der Abgang bei der Schüleraus speisung beträgt im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 durchschnittlich 4.400 Euro. Da die Marktgemeinde das Entgelt für die Schüleraus speisung deutlich über den von der Aufsichtsbehörde vorgegebenen Mindestgebühren festgesetzt hat, sehen wir keinen unmittelbaren Bedarf an einer weiteren Anhebung der Entgelte; eine Indexanpassung wird jedoch weiterhin für zweckmäßig angesehen.

#### Alten- und Pflegeheim

In den Jahren 2006 bis 2008 wurden insgesamt Überschüsse von ca. 214.900 Euro erzielt, wovon ca. 176.200 Euro einer zweckgebundenen Rücklage und ca. 39.300 Euro für Investitionen herangezogen wurden. Da die bisherige Ausnahmewilligung nach den Bestimmungen der Oö. Alten- und Pflegeheimverordnung bezüglich der bestehenden Zweibettzimmer und der teilweise zu kleinen Wohneinheiten bereits vor mehr als drei Jahren abgelaufen ist, ist der Erlangung einer raschen Ausnahmewilligung besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Eine Dienstordnung, die die Aufgaben und Befugnisse der jeweiligen Gruppen des Heimpersonals regelt, ist zu erlassen.

Bei Dienstabwesenheit des Heimleiters wird es im Sinne der Serviceorientiertheit als zweckmäßig angesehen, eine Vertretung vorzusehen (ev. Erbringung von bisher erfolgten Leistungen im Marktgemeindeamt unmittelbar im Heim).

Der Abschluss der fehlenden schriftlichen Heimverträge ist nachzuholen; in Zukunft ist bei Aufnahme in das Alten- und Pflegeheim jeweils unmittelbar ein schriftlicher Heimvertrag abzuschließen.

Der Lebensmitteleinsatz für eine Vollverpflegung von 3,23 Euro liegt deutlich über den diesbezüglichen Werten in den drei Heimen des Sozialhilfverbandes Grieskirchen (Bandbreite zwischen 2,37 bis 2,48 Euro). Ausgabeneinsparungen scheinen jedenfalls bei einem Vergleich mit den Heimen des Sozialhilfverbandes Grieskirchen beim Einkauf von Brot und Gebäck möglich.

Die Verpflegskostenersätze für das Personal sollten den Werten in den Heimen des Sozialhilfverbandes angepasst werden.



Der Umsetzung und Beachtung der von der Heimaufsicht im Jahr 2008 gegebenen Empfehlungen ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Das Heimforum – bestehend u.a. aus fünf Bewohnervertreterinnen und Bewohnervertretern – sollte wiederum entsprechend besetzt werden.

#### **Freibad**

Diese Einrichtung führte im Beobachtungszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 zu vergleichsweise hohen Abgängen zwischen ca. 81.700 Euro bis ca. 92.300 Euro; entscheidend für die Höhe des Abganges war, dass in den einzelnen Jahren jeweils ein Annuitätendienst zwischen ca. 55.300 bis ca. 57.800 Euro zu entrichten war. Da in den Jahren 2006 bis 2009 jeweils vor Beginn der Badesaison Anpassungen bei den Entgelten für den Eintritt vorgenommen wurden, besteht kein größerer Bedarf an einer Anhebung. Bei Indexsteigerungen von mehr als 5 % sollten weiterhin Valorierungen der Entgelte vorgenommen werden.

#### **Fernwärme**

Im Finanzjahr 2008 bzw. 2009 kam es zu einer Ausweitung des Abnehmerkreises; hat die Marktgemeinde ursprünglich nur gemeindeeigene Objekte mit Fernwärme versorgt, so sind nunmehr auch 25 private Abnehmer an das Fernwärmenetz angeschlossen. Da der Betrieb einer Fernwärmeversorgung nicht zu den Kernaufgaben einer Gemeinde zählt, ist beim laufenden Betrieb daher besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass es dadurch zu keinen Belastungen des ordentlichen Haushaltes kommt.

### **Weitere wesentliche Feststellungen**

Bei den Mietverträgen im Amtsgebäude bzw. im Schloss Weidenholz wurden insgesamt bei fünf Bestandsverhältnissen die bereits möglichen Indexanpassungen nicht vorgenommen.

Für die Reinigung der gemeindeeigenen Objekte wird ausschließlich eigenes Personal herangezogen. Von der Marktgemeinde wurde bereits einmal erwogen, eine Reinigungsanalyse durchzuführen; der für die Sitzung des Gemeindevorstandes vorgesehene Tagesordnungspunkt wurde jedoch abgesetzt. In einer Besprechung mit den Amtsleitern des Bezirkes Grieskirchen im September 2008 wurde von einigen Amtsleitern über die durchwegs positiven Erfahrungen mit Reinigungsanalysen berichtet, weshalb wir es für zweckmäßig ansehen, eine Reinigungsanalyse in Auftrag zu geben.

### **Außerordentlicher Haushalt**

Das Investitionsvolumen belief sich im außerordentlichen Haushalt in den Jahren 2006 bis 2008 auf insgesamt ca. 4,8 Mio. Euro. Am Ende des Finanzjahrs 2008 wurde dabei ein Fehlbetrag von insgesamt ca. 208.000 Euro ausgewiesen.

Zur Abwicklung des Vorhabens "Freiwillige Feuerwehr Ritzing" wird angemerkt, dass der Neubau des Feuerwehrhauses durch die Feuerwehr selbst erfolgte. Sollte die Freiwillige Feuerwehr öffentlicher Auftraggeber sein, ist das Bundesvergabegesetz 2006 (BVergG 2006) anzuwenden. Sicherzustellen ist dabei jedenfalls, dass die Marktgemeinde während der Bauphase einen Überblick über die Kostenentwicklung des Vorhabens besitzt.

Nachdem beabsichtigt ist, dass auch die beim Sportverein geplanten Vorhaben vom Verein selbst abgewickelt werden, wird angemerkt, dass bei der Auftragsvergabe das BVergG 2006 anzuwenden ist.

Die Errichtung einer Linksabbiegespur und eines Fahrbahnteilers bei der Michaelnbach-Stauff-Landesstraße zur Erschließung eines Gewerbegebietes wurde von der

Straßenverwaltung des Landes Oö. bzw. im Zuge des Umwidmungsverfahrens gefordert und durchgeführt. Der Fehlbetrag bei der Linksabbiegespur konnte auf Grund der finanziellen Situation der Marktgemeinde durch Eigenmittel bedeckt werden. Sollten sich jedoch neue Betriebe ansiedeln, wird empfohlen, von diesen Beitragsleistungen für die Linksabbiegespur zu fordern.

Bei den Straßenbauvorhaben sind die Vorgaben des BVergG 2006 einzuhalten. Demnach ist je nach Höhe der Auftragssumme ein entsprechendes Vergabeverfahren abzuwickeln, bei dem auch leistungsfähige auswärtige Firmen einzubinden sind.

Bei Direktvergaben ist zu beachten, dass – u.a. im Sinne des Grundsatzes der Sparsamkeit – Vergleichsanbote einzuholen sind.

Bezüglich des im Jahre 1990 angeschafften Grundstücks in Inzing wurden Überlegungen zu einer Verwertung (Schaffung von Bauland und Veräußerung) angestellt. Diesbezüglich schloss die Marktgemeinde eine Vereinbarung mit der Baulandentwicklungsfonds GmbH & Co über die Verwertung des Grundstückes ab. Mit Beschluss des Gemeinderates vom 11. März 2008 wurde die Verteilung des Verwertungserlöses für verschiedene Verwendungszwecke vereinbart.

Da bei nicht vollständiger Verwertung des Baulandes Inzing die Möglichkeit besteht, dass der Marktgemeinde Kosten für den Ankauf von Grundstücken erwachsen, sollte darauf geachtet werden, dass nicht der gesamte vorläufige Verkaufserlös aufgebraucht wird.

## Die Gemeinde

Die Marktgemeinde Waizenkirchen hat laut der Volkszählung 2001 3653 Einwohner<sup>1</sup> und ist eine von 34 Gemeinden des Bezirkes Grieskirchen. Die für die Berechnung der Ertragsanteile maßgebliche Volkszahl (Stichtag 31. Oktober 2008) liegt bei 3.673; im Vergleich mit der Volkszählung 2001 beträgt der Anstieg 0,55 %. In Oberösterreich ist die Einwohnerzahl um 2,29 % und im Bezirk Grieskirchen um 1,18 % gestiegen. Der unterdurchschnittliche Anstieg der Bevölkerung wirkt sich auch ungünstig auf die auf die Marktgemeinde entfallenden Ertragsanteile aus. Der Ortskern liegt auf einer Seehöhe von 367 m; die Marktgemeinde erstreckt sich über 34,2 km<sup>2</sup>. Im Gemeindegebiet gibt es neben dem Ortskern weitere 53 Ortschaften, die durch ein ca. 137 km langes Straßennetz verbunden sind.

Die Marktgemeinde ist ein beliebter Wohnort. Die Marktgemeinde ist auch bemüht, günstige Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Betrieben zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist auch die im Jahr 2009 erfolgte Bildung des Gemeindeverbandes "Verband INKOBA Hausruck Nord" zu sehen. Zweck dieses Verbandes mit zwölf Mitgliedsgemeinden ist es, ein im Gemeindegebiet von Waizenkirchen liegendes Betriebsansiedlungsgebiet zu erschließen.

Für die umliegenden Gemeinden hat die Marktgemeinde Waizenkirchen auf Grund der Vielzahl an vorhandenen Einrichtungen durchaus den Charakter einer Zentralgemeinde.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag in den vergangenen Jahren in der Errichtung von zwei Feuerwehrhäusern, in der Fortführung des Straßenbaues und im weiteren Ausbau der Abwasserbeseitigung.

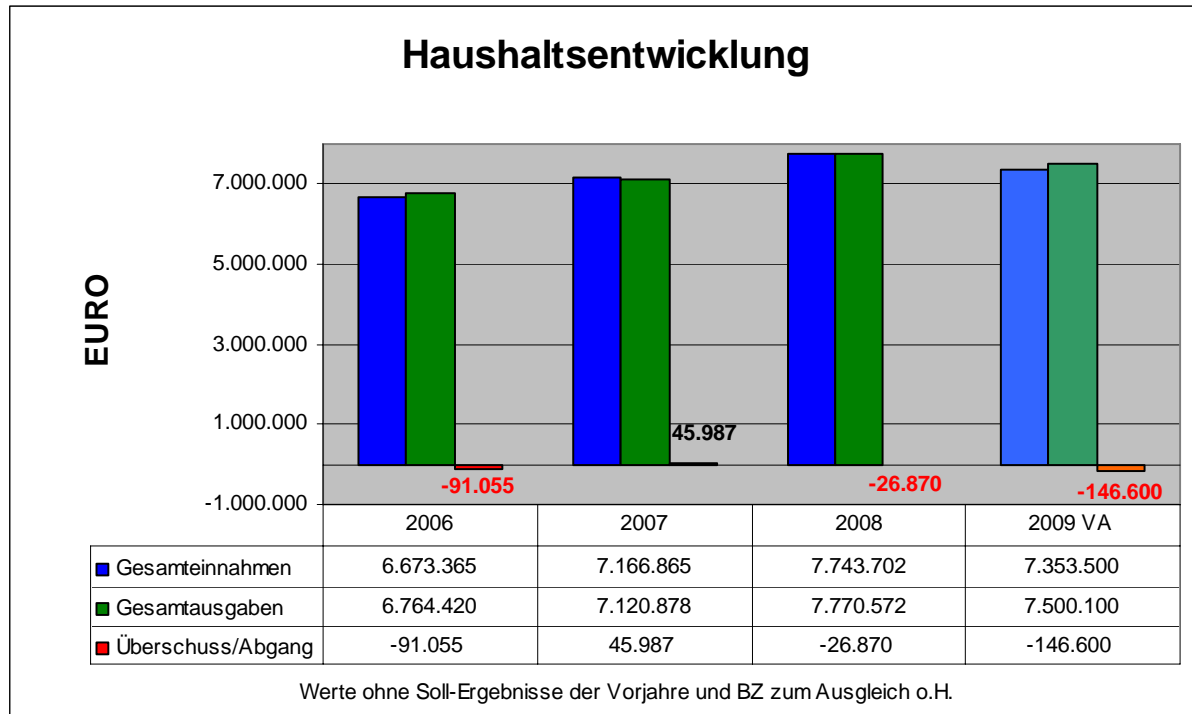
In der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2012 liegt der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bei einem Volumen von insgesamt 3.062.500 Euro vor allem im weiteren Ausbau der Abwasserbeseitigung (1.731.000 Euro) und in der Fortführung des Gemeindestraßenbaues (735.600 Euro).

---

<sup>1</sup> 3.766 Einwohner zum Stichtag der Gemeinderatswahl 2003

# Wirtschaftliche Situation

## Haushaltsentwicklung



Wie der obigen Grafik zu entnehmen ist, konnte die Marktgemeinde den ordentlichen Haushalt im Jahr 2006 – wie auch in den vorangegangenen Jahren – nicht ausgleichen. Zur Grafik ist anzumerken, dass die Vorjahresergebnisse nicht berücksichtigt wurden. Bei entsprechender Berücksichtigung dieser ergaben sich in den Rechnungsabschlüssen der Jahre 2006 bis 2008 folgende Ergebnisse:

2006	2007	2008
- 138.328,70 Euro	+ 27.658,35 Euro	+ 788,85 Euro

Dementsprechend konnte der ordentliche Haushalt in den Jahren 2007 und 2008 jeweils ausgeglichen werden. Im Jahr 2007 war ein Haushaltsausgleich v.a. durch höhere Einnahmen aus den Ertragsanteilen sowie durch Ausgabeneinsparungen bei den Straßeninstandhaltungsarbeiten möglich. Das Jahr 2008, das isoliert betrachtet zwar wieder einen Abgang aufweist (sh. obige Grafik), konnte jedoch durch die Übernahme des Überschusses vom Vorjahr mit einem leichten Überschuss von rund 800 Euro schließen. Dabei war es nach Jahren wieder möglich, auch Mittel des ordentlichen Haushaltes von 261.410,20 Euro an den außerordentlichen Haushalt zuzuführen. Die finanzielle Lage im abgelaufenen Finanzjahr war zudem durch die günstige Entwicklung der Einnahmen aus den Ertragsanteilen begünstigt. In den Vorjahren konnten jeweils nur die zweckgebundenen Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen den außerordentlichen Vorhaben zugeführt werden.

Stark belastend wirkte sich in den vergangenen Jahren das Finanzierungsleasing für die Hauptschulsanierung aus. In den Jahren 2006 bis 2008 waren dafür insgesamt rund 839.300 Euro gebunden. Mit einer Entlastung des ordentlichen Haushaltes kann daher nach Auslaufen der Leasingraten im Jahr 2013 gerechnet werden.

Für Investitionen im ordentlichen Haushalt wurden in den Jahren 2006 bis 2008 insgesamt 83.256,04 Euro aufgewendet, wobei es im Jahr 2008 auf Grund der Ausstattung des Schülerhortes bzw. dem Ankauf einer Walze zu erhöhten Investitionen gegenüber den Vorjahren kam. Der Instandhaltungsaufwand belief sich im Vergleichszeitraum auf durchschnittlich ca. 288.450 Euro pro Jahr, wobei es auf Grund von geringeren Straßeninstandhaltungsausgaben in den vergangenen beiden Jahren zu Einsparungen kam.

Der Voranschlag für das Finanzjahr 2009 weist u.a. auf Grund der steigenden Belastung im Bereich der Umlagen-Transferzahlungen (sh. Seite 17) sowie des erhöhten Zuschussbedarfs für den Kindergarten (sh. Seite 27) einen Abgang von 146.600 Euro auf. Ordentliche Mittel können dem außerordentlichen Haushalt im laufenden Jahr nicht mehr zugeführt werden.

### **Mittelfristiger Finanzplan**

Die dem Voranschlag 2009 angeschlossene mittelfristige Finanzplanung für die Planjahre 2010 bis 2012 wurde grundsätzlich sorgfältig erstellt. Der ordentliche Haushalt kann dabei jeweils nicht ausgeglichen werden. Für die Planjahre bis 2012 errechnen sich folgende Fehlbeträge:

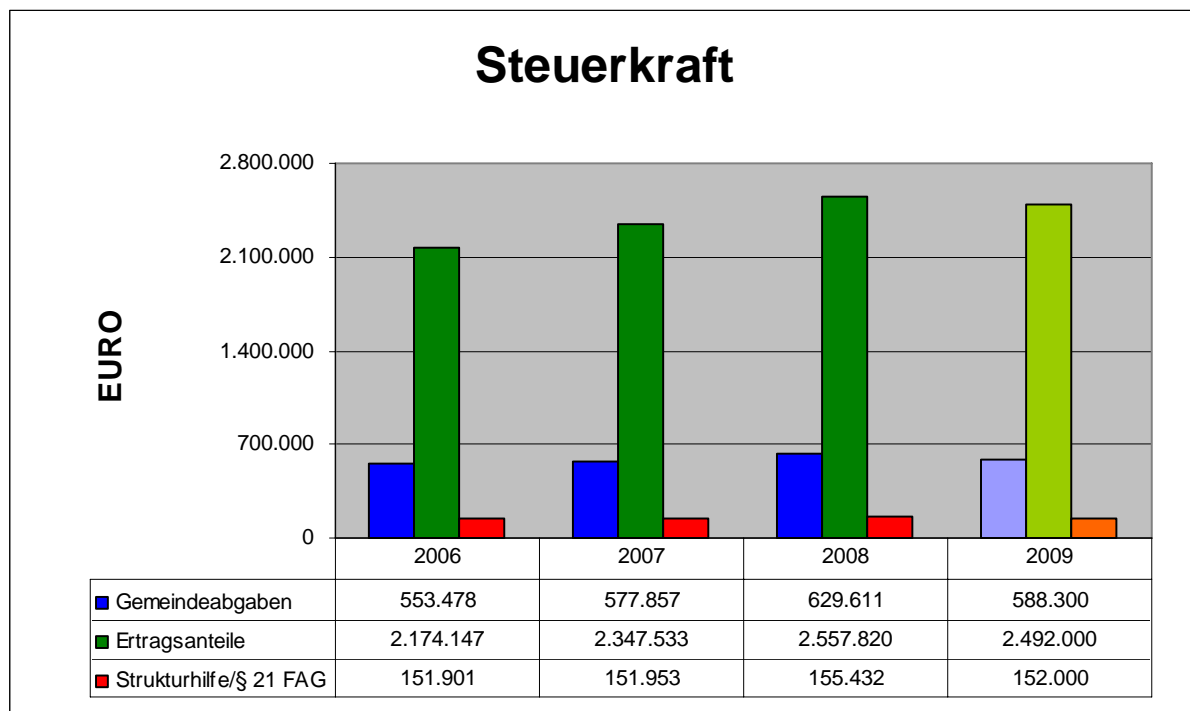
<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- 118.800 Euro	- 62.800 Euro	- 41.000 Euro

Der Rückgang des Fehlbetrags ist dabei v.a. auf die vom Zeitpunkt der Voranschlagserstellung prognostizierten Steigerungen bei den Ertragsanteilen zurückzuführen. Anzumerken ist jedoch, dass sich die Ergebnisse wegen der unabsehbaren Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf das Wirtschaftswachstum und den damit möglichen Steuerrückgängen weiter verschlechtern könnten. Einer entsprechend vorsichtigen Budgetierung und Haushaltsführung ist in Zukunft besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Der mittelfristige Investitionsplan sieht für die Jahre 2009 bis 2012 Ausgaben von insgesamt 3.062.500 Euro vor, denen Einnahmen von 3.272.200 Euro gegenüberstehen. Der Überschuss wird dabei zur teilweisen Bedeckung der aus dem Finanzjahr 2008 zu übernehmenden Fehlbeträge bei den einzelnen Vorhaben von insgesamt 207.946,67 Euro herangezogen.

*Der Marktgemeinde wird daher nahe gelegt, einer Ausfinanzierung der kostenintensiven Vorhaben der Vorjahre Priorität gegenüber der Verwirklichung von neuen Vorhaben einzuräumen.*

## Finanzausstattung



Die Steuerkraft der Marktgemeinde setzte sich im Finanzjahr 2008 zu 18,8 % aus den Gemeindeabgaben und zu 81,2 % aus den Ertragsanteilen sowie der Finanzausweisung gemäß § 21 FAG 2008 zusammen. Von den Gemeindeabgaben entfielen ca. 397.700 Euro auf die Kommunalsteuer und ca. 216.400 Euro auf die Grundsteuer A und B.

Im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 sind die Gemeindeabgaben von ca. 553.500 Euro auf ca. 629.600 Euro und somit um 13,76 % gestiegen, während sich die Ertragsanteile von ca. 2.174.100 Euro auf ca. 2.557.800 Euro um 17,65 % erhöht haben. Bedingt durch den unterdurchschnittlichen Anstieg der Bevölkerung sind die für die Erstellung des Voranschlages 2009 bekannt gegebenen Ertragsanteile rückläufig. Bereits ohne den zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages 2009 noch nicht bekannten voraussichtlichen Rückgang bei den Ertragsanteilen lag die veranschlagte Steuerkraft 2009 um ca. 110.600 Euro unter dem Rechnungsergebnis 2008<sup>2</sup>. Durch die verringerten Prognosewerte für die Ertragsanteile ist mit weiteren Mindereinnahmen von ca. 120.000 Euro zu rechnen.

Die Marktgemeinde Waizenkirchen liegt bezogen auf die Finanzkraft für das Jahr 2007 mit einer Kopfquote von 812 Euro in Oberösterreich an der 251. Stelle (Durchschnitt 1.117 Euro) und im Bezirk Grieskirchen an der 19. Stelle (durchschnittliche Kopfquote von 925 Euro).

## Kommunalsteuer

In der Marktgemeinde haben ca. 100 kommunalsteuerpflichtige Betriebe ihren Standort, von denen teilweise nur in untergeordnetem Ausmaß Kommunalsteuer anfällt. Die Marktgemeinde erzielte im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 Kommunalsteuereinnahmen von 357.200 Euro. In den letzten zehn Jahren stieg die Kommunalsteuer von ca. 287.700 Euro im Finanzjahr 1998 auf ca. 397.700 Euro im Finanzjahr 2008 (Anstieg von ca.

<sup>2</sup> Für diesen Rückgang war auch die sehr vorsichtige Veranschlagung der Kommunalsteuer – Mindereinnahmen von 40.700 Euro gegenüber dem Rechnungsergebnis 2008 – ausschlaggebend. Zur Jahresmitte 2009 zeichnet sich jedoch erfreulicherweise noch kein Rückgang bei der Kommunalsteuer ab.

38,2 %). Die stichprobenweise Durchsicht der Steuerkonten der Betriebe zeigte, dass die Kommunalsteuer weitgehend pünktlich entrichtet wird.

*Ergänzend wird angemerkt, dass Abgabepflichtigen, welche die Frist zur Einreichung einer Abgabenerklärung nicht wahren, ein Zuschlag bis zu 10 % der festgesetzten Abgabe auferlegt werden kann.*

## **Aufschließungs- und Erhaltungsbeiträge**

Die Vorschreibung der Aufschließungsbeiträge nach dem Oö. Raumordnungsgesetz 1994 erfolgte erstmals im Jahr 2001, sodass die letzte der fünf Raten im Jahr 2005 fällig wurde. Im Finanzjahr 2008 wurden daher nur mehr Aufschließungsbeiträge von ca. 16.900 Euro eingehoben, die auf Neuaufschließungen von Bauland zurückzuführen sind. Die zweckentsprechende Verwendung der in den Jahren 2006 bis 2008 eingehobenen Aufschließungsbeiträge erfolgte durch die Zuführung zu außerordentlichen Vorhaben.

Im Finanzjahr 2006 wurden erstmals Erhaltungsbeiträge eingehoben; diese Einnahmen betragen im Jahr 2008 21.447,22 Euro. Die Einnahmen aus den Erhaltungsbeiträgen wurden im Betrachtungszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 als allgemeine Bedeckungsmittel herangezogen; eine zweckentsprechende Verwendung ist bei den Erhaltungsbeiträgen auch nicht vorgesehen.

## **Steuer- und Gebührenrückstände**

Der Rechnungsabschluss 2008 weist in den Gruppen 8 und 9 Steuer- und Gebührenrückstände (inkl. Interessenten- und Aufschließungsbeiträge) von ca. 25.300 Euro auf; zusätzlich waren am Ende des Finanzjahres 2008 28.400 Euro an Anschlussgebühren für die Fernwärmeversorgung der Marktgemeinde noch nicht entrichtet. Bei den Anschlussgebühren für die Fernwärmeversorgung lagen auf Grund der Rechnungen – diese sahen eine Fälligkeit im Laufe des Jänner 2009 vor – die Voraussetzungen für eine Sollstellung im Finanzjahr 2008 nicht vor.

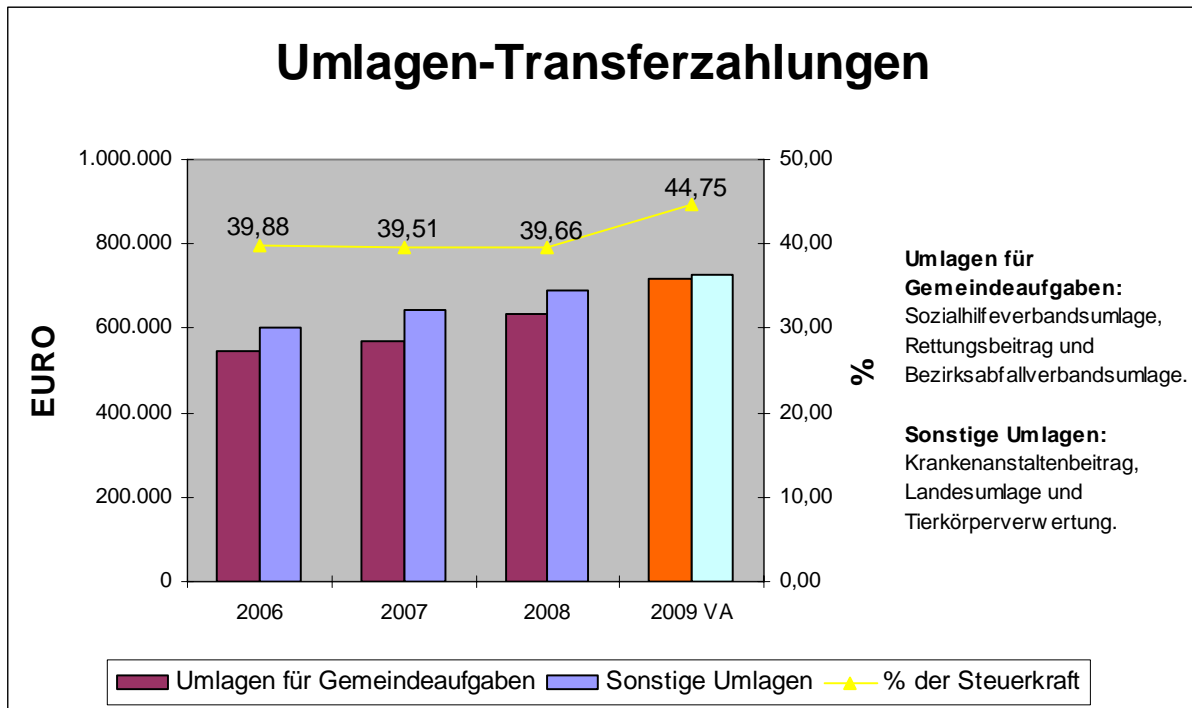
Die Rückstände wurden mit dem Kassenführer näher erörtert; dabei wurde grundsätzlich der Eindruck gewonnen, dass die Marktgemeinde mit Erfolg darum bemüht ist, die Rückstände in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Es wird auch das Mahnprogramm der GemDat angewendet und bei Vorliegen der Voraussetzungen werden grundsätzlich auch Säumniszuschläge vorgeschrieben; weiters werden nötigenfalls auch Maßnahmen zur zwangsweisen Eintreibung von Rückständen getroffen.

In einzelnen Fällen wurde über Anordnung des Bürgermeisters von der Anwendung des Mahnprogramms und der Vorschreibung von Säumniszuschlägen abgesehen; weiters wurden vereinzelt durch den Bürgermeister Stundungen von Abgabenschuldigkeiten über 720 Euro gewährt und auf die Vorschreibung von Stundungszinsen verzichtet.

*Es wird daher darauf hingewiesen, dass Säumniszuschläge und Stundungszinsen bei Vorliegen der Voraussetzungen jedenfalls vorzuschreiben und einzuheben sind. Die Gewährung von Zahlungserleichterungen ist durch den Gemeindevorstand zu beschließen; hierüber ist ein Bescheid zu erlassen.*

*Wenn die Fälligkeit von Einnahmen erst im Jänner 2009 liegt, ist eine Sollstellung zugunsten des Finanzjahres 2008 nicht vorzunehmen.*

## Umlagen

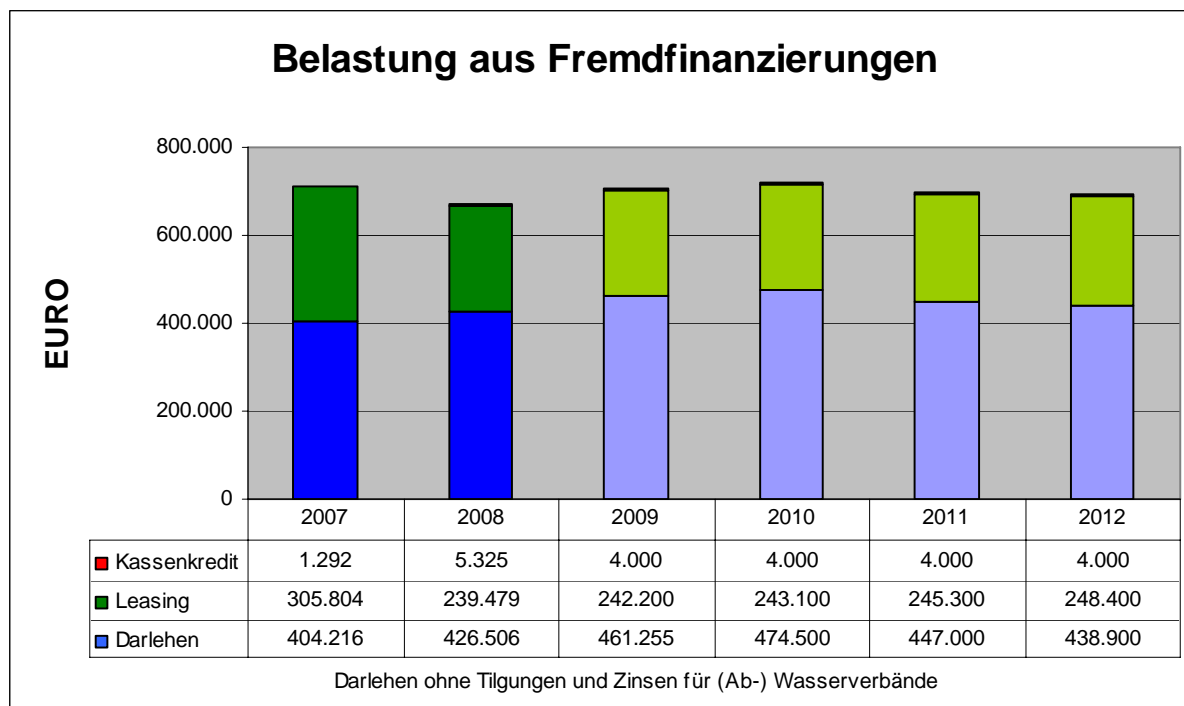


Die Umlagen-Transferzahlungen sind im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 von ca. 1.148.400 Euro auf ca. 1.325.700 Euro gestiegen; dies entspricht einer Steigerung von 15,45 %. Im Vergleichszeitraum hat sich die Steuerkraft der Marktgemeinde um 16,09 % erhöht. Ausschlaggebend für die Steigerungen bei den Umlagen-Transferzahlungen sind vorrangig die Sozialhilfe-Verbandsumlage (Anstieg von ca. 491.900 Euro auf ca. 591.100 Euro) und der in diesem Zeitraum um ca. 76.000 Euro gestiegene Krankenanstaltenbeitrag. Im Voranschlag 2009 ist gegenüber dem Finanzjahr 2008 ein weiterer Anstieg der Umlagen-Transferzahlungen auf 1.446.600 Euro (Steigerung um 9,12 %) veranschlagt.

Die gestiegenen Umlagen-Transferzahlungen für das Jahr 2009 und die ungünstige Entwicklung bei den Ertragsanteilen stellen einen sehr wesentlichen Faktor für die angespannte finanzielle Lage der Marktgemeinde im Voranschlag 2009 dar. Durch die mit dem Voranschlags-Runderlass für 2009 bekannt gegebenen Prognosewerte für die Sozialhilfe-Verbandsumlage und den Krankenanstaltenbeitrag ist auch für die Planjahre 2010 bis 2012 mit weiteren zusätzlichen Belastungen durch die Umlagen-Transferzahlungen zu rechnen.



## Fremdfinanzierungen



### Darlehen

Der Darlehensstand betrug am Ende des Finanzjahres 2008 7.209.125,61 Euro, wovon 4.767.974,94 Euro auf die Darlehen für die Siedlungswasserbauten entfielen; 1.708.327,63 Euro entfielen auf die Wohnbauförderungsdarlehen des Landes für das Alten- und Pflegeheim. Der Rest von 732.823,04 entfiel auf normalverzinsten Darlehen für die übrigen Bereiche der Gemeindeverwaltung (z.B. Straßenbau, Kindergarten, Freibad).

Der Annuitätendienst betrug im Finanzjahr 2008 426.605,68 Euro, wodurch 5,51 % der ordentlichen Jahreseinnahmen gebunden waren. Im Finanzjahr 2007 betrug der Annuitätendienst ca. 404.216,14 Euro. Wie der Grafik zu entnehmen ist, werden sich die Belastungen durch die Darlehen auch in den Planjahren 2010 bis 2012 voraussichtlich auf diesem Niveau bewegen. Da in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Altenheim Überschüsse erzielt wurden, wirkt sich nur der Annuitätendienst für Darlehen mit einem Stand von ca. 732.800 Euro haushaltsbelastend aus; für diesen Bereich fiel im Finanzjahr 2008 ein Annuitätendienst von ca. 150.300 Euro an.

Die Konditionen der normalverzinsten Darlehen sind hauptsächlich an die Entwicklung der Sekundärmarktrendite, Emittenten gesamt (Bandbreite Abschlüsse von 0,33 %-Punkte bis Aufschläge von 0,25 %-Punkte) gekoppelt. Bei vier Darlehen liegt eine Bindung an die Entwicklung des 6-Monats-EURIBOR-Satzes mit Aufschlägen zwischen 0,09 bis 0,12 %-Punkten vor; es ist daher von einer marktkonformen Verzinsung auszugehen. Die stichprobenweise Durchsicht der Tilgungspläne ergab, dass die Zinssätze entsprechend den Darlehensverträgen angepasst wurden.

Der Zinsaufwand für das Jahr 2009 und die Planjahre bis 2012 wurde im Herbst 2008 auf Basis der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Tilgungspläne erstellt. Durch den rapiden Rückgang der maßgeblichen Indikatoren – besonders markant bei den EURIBOR-Sätzen<sup>3</sup> –

<sup>3</sup> 6-Monats-EURIBOR-Satz für September 2008 5,22 %, Mai 2009 1,48 %

für die Höhe der Verzinsung ist hier zumindest für das Jahr 2009 und 2010 mit einem deutlichen Rückgang des Aufwandes zu rechnen.

## **Kassenkredit**

Die beiden in Waizenkirchen bestehenden Geldinstitute haben für das Finanzjahr 2008 – so wie in den vorangegangenen Jahren – gleichlautende Angebote für den Abschluss eines Kassenkredites abgegeben; sie haben eine Koppelung der Verzinsung an die Entwicklung der Sekundärmarktrendite, Emittenten gesamt, mit einem Aufschlag von 1 %-Punkt und bei einer Koppelung der Verzinsung an die Entwicklung des 6-Monats-EURIBOR-Satzes einen Aufschlag von 0,75 %-Punkten angeboten. Mit beiden Geldinstituten wurde ein Kassenkredit mit einem Rahmen von jeweils 400.000 Euro abgeschlossen, wobei die Verzinsung an die Entwicklung der Sekundärmarktrendite gekoppelt wurde. Der Aufschlag von 1 %-Punkt lag sehr deutlich über einem marktkonformen Zinsniveau; dieses lag im Finanzjahr 2008 bei einem Aufschlag von ca. 0,20 %-Punkten. Im 4. Quartal des Jahres 2008 betrug die Verzinsung 5,76 % p.a. Der Zinsaufwand für die Inanspruchnahme des Kassenkredites betrug im Finanzjahr 2008 5.324,77 Euro. Auch für das Finanzjahr 2009 haben die beiden ortsansässigen Geldinstituten wiederum gleichlautende Angebote – Aufschlag von 0,82 %-Punkten auf den 6-Monats-EURIBOR-Satz – abgegeben; auch diese Konditionen werden nicht als marktkonform angesehen. Der Aufschlag sollte 0,5 %-Punkte nicht übersteigen.

*Die gleichlautenden und zudem nicht marktkonformen Angebote für den Kassenkredit weisen offensichtlich auf Absprachen zwischen den Geldinstituten hin. Es wird daher als notwendig angesehen, in Hinkunft neben den ortsansässigen Geldinstituten auch auswärtige Geldinstitute einzuladen und den Kassenkredit an das Geldinstitut mit den günstigsten Konditionen zu vergeben.*

## **Leasing**

Die Leasingverpflichtungen stellen, wie bereits auf Seite 13 erwähnt, eine große Belastung für den ordentlichen Haushalt dar. Die diesbezüglichen Ausgaben betragen im Finanzjahr 2008 239.479,41 Euro, wovon ca. 236.600 Euro auf das Leasing für den Schulbau und der Rest auf das Leasing für das bei der Aktion Essen auf Rädern eingesetzte Fahrzeug entfielen. Der Leasingvertrag für das Schulgebäude (und die damit verbundenen hohen Belastungen) läuft noch bis zum März 2013.

## **Haftungen**

Die Marktgemeinde ist Mitglied beim Reinhaltungsverband Aschachtal und beim Wasserverband Prambachkirchen und Umgebung. Für den Ausbau der Abwasserbeseitigung hat die Marktgemeinde gegenüber den Verbänden Haftungen übernommen. Der Haftungsstand betrug am Ende des Finanzjahres 2008 2.427.776,01 Euro. Die mit den Haftungen verbundenen Darlehensrückzahlungen und der damit im Zusammenhang stehende Zinsendienst belasten den Unterabschnitt Abwasserbeseitigung.

## Rücklagen

Im Rücklagennachweis wird am Ende des Finanzjahres 2008 ein Stand von 374.326,23 Euro ausgewiesen. Am Beginn des Finanzjahres 2006 beliefen sich die Rücklagen auf 149.285,18 Euro.

Die Rücklagen entfallen auf folgende sechs Bereiche:

Essen auf Rädern	4.738,81	Euro
Aschacherhaltung	904,84	Euro
Wasserversorgung – Betriebsmittelrücklage	48.373,24	Euro
Altenheim	239.163,94	Euro
Abwasserbeseitigung	539,82	Euro
Freibad <sup>4</sup>	80.605,58	Euro
	<b>374.326,23</b>	<b>Euro</b>

Die oben angeführten Rücklagen sind als zweckgebunden einzustufen und können daher nicht zugunsten des ordentlichen Haushaltes aufgelöst werden.

Im Zusammenhang mit der Aschacherhaltung verfügt die Marktgemeinde zusätzlich über Fondsanteile (Combirent), die laut Depotauszug am Jahresende 2008 mit 6.293 Euro bewertet wurden.

*Bei einem günstigen Kurs wird empfohlen, den Fonds zu verkaufen und den Erlös entweder der oben angeführten Rücklage zuzuführen bzw. eine Auflösung zugunsten des ordentlichen Haushaltes vorzunehmen.*

Während des Haushaltsjahres 2008 wurden die Rücklagen in untergeordnetem Umfang auch zur Verstärkung des Kassenbestandes herangezogen; eine stärkere Heranziehung der Rücklagen wäre zweckmäßig gewesen, um die Belastung durch den Kassenkredit weitgehend zu vermindern.

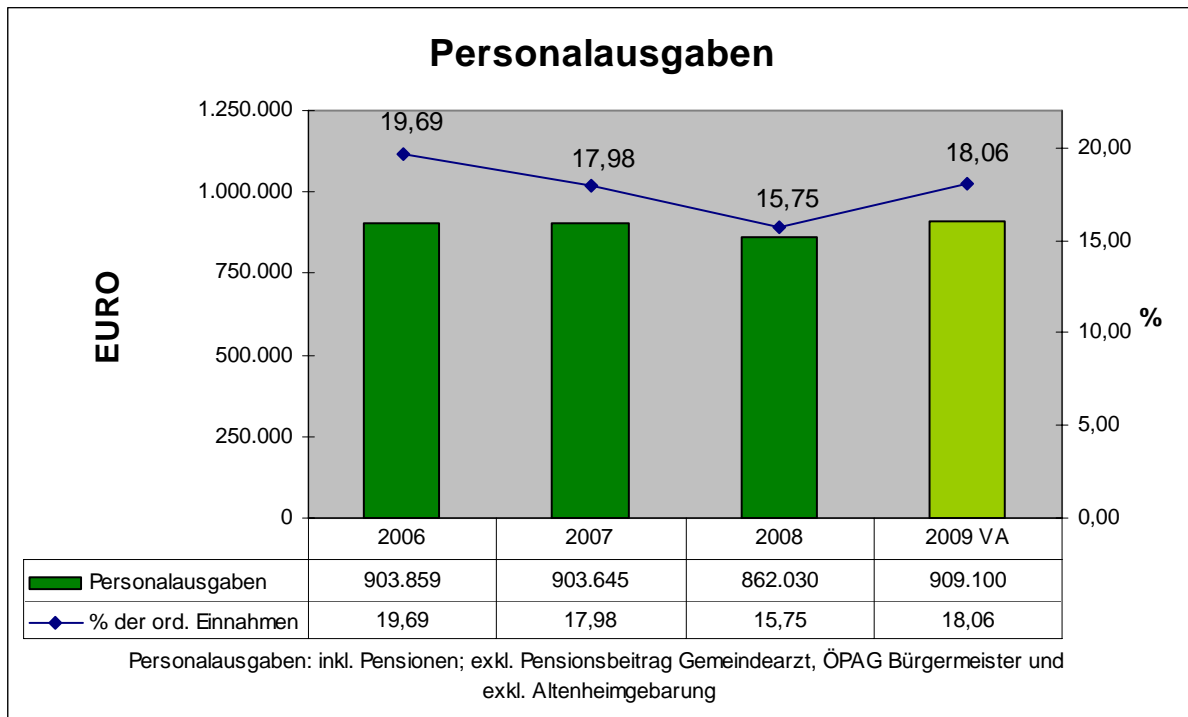
*Im Hinblick auf den Unterschied zwischen der Höhe der Sollzinsen für den Kassenkredit und der Höhe der Habenzinsen bei den Rücklagen (ungünstig beeinflusst auch noch durch die Kapitalertragssteuer) sollten Rücklagen daher erforderlichenfalls zur Verstärkung des Kassenbestandes herangezogen werden.*

Die Verzinsung der Rücklagen wies bindingsbedingt kein einheitliches Zinsniveau auf; die Verzinsung pendelte zwischen 2,625 % bis 3,6 % p.a. Die zugunsten des Freibades im April 2008 gebildete Rücklage wies bei einer Bindung bis 17. Oktober 2008 eine Verzinsung von 3,6 % p.a. und anschließend bis 26. Jänner 2009 nur eine Verzinsung von 0,7 % p.a. auf. Die Verzinsung von 0,7 % p.a. war bei weitem nicht angemessen, da im vierten Quartal 2008 bereits auf dem Girokonto eine Verzinsung von 2,88 % p.a. erfolgte.

---

<sup>4</sup> Diese Rücklage wurde aus einer gewährten Investitionszuwachsprämie gebildet; die Rücklage wurde im April 2009 zur Sondertilgung eines für die Freibadsanierung aufgenommenen Darlehens herangezogen.

## Personal



Bei der ausgewiesenen Grafik über die Personalausgaben der Marktgemeinde wurde der personalintensive Bereich des Alten- und Pflegeheimes nicht berücksichtigt. Die Personalkosten (inkl. Pensionen) fielen von 903.859 Euro im Jahr 2006 auf 862.030 Euro im Jahr 2008. Der Rückgang des Personalaufwandes ist v.a. auf das Ausscheiden von mehreren Bediensteten im Marktgemeindefamt zurückzuführen, deren Dienstposten nicht mehr zur Gänze nachbesetzt wurden. Weiters sind im Bereich der Schulreinigung durch das Auslaufen einer Altersteilzeitvereinbarung Kosten weggefallen. Im Finanzjahr 2009 kommt es v.a. auf Grund der vorgenommenen teilweisen Nachbesetzungen im Marktgemeindefamt wieder zu höheren Personalaufwendungen.

Die Personalkosten teilten sich im Finanzjahr 2008 wie folgt auf:

Verwaltung (zusätzlich ein Lehrling)	8,200 PE	342.664,09 Euro
Reinigung Amtsgebäude	0,500 PE	13.523,64 Euro
Schulen (Schulwart und Reinigung)	2,875 PE	102.446,38 Euro
Bauhof (inkl. Freibad, Anlagenpflege, Reinigung, etc.)	6,040 PE	229.438,43 Euro
Schülerausspeisung	0,821 PE	26.179,26 Euro
Reinigung Musikschule	0,500 PE	13.139,48 Euro

In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 3.501 bis 4.500 Einwohner können nach der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2002 bis zu 15 vollbeschäftigte Dienstposten geschaffen werden. Gemeinden in der darunterliegenden Größenklasse (2.501 bis 3.500 Einwohner) können bis zu neun Bedienstete im Verwaltungsbereich einsetzen. Der genehmigte Dienstpostenplan sieht elf Vollbeschäftigte vor, die nicht zur Gänze besetzt sind. Der Beschäftigtenstand in der Verwaltung beträgt derzeit 8,2 Personaleinheiten. Zusätzlich wird ein Lehrling ausgebildet. Unter Zugrundelegung der oben angeführten Rahmenbedingungen für die Festsetzung des Dienstpostenplanes und des breiten Aufgabenspektrums in der Verwaltung ist daher von einem sehr sparsamen Personaleinsatz auszugehen.

*Auf Grund der personellen Änderungen im Marktgemeindeamt sind die Arbeitsplatzbeschreibungen sowie der Geschäftsverteilungsplan den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.*

In den Schulen (Volks-, Haupt- und Musikschule) werden neben zwei Schulwarten (1,75 Personaleinheiten) noch vier Reinigungskräfte (Beschäftigungsausmaß 1 x 62,5 %, 3 x 50 %) eingesetzt.

Von der Marktgemeinde wurde bereits einmal erwogen, eine Reinigungsanalyse durchzuführen; der für die Sitzung des Gemeindevorstandes am 27. Juni 2008 vorgesehene Tagesordnungspunkt wurde jedoch zurückgestellt.

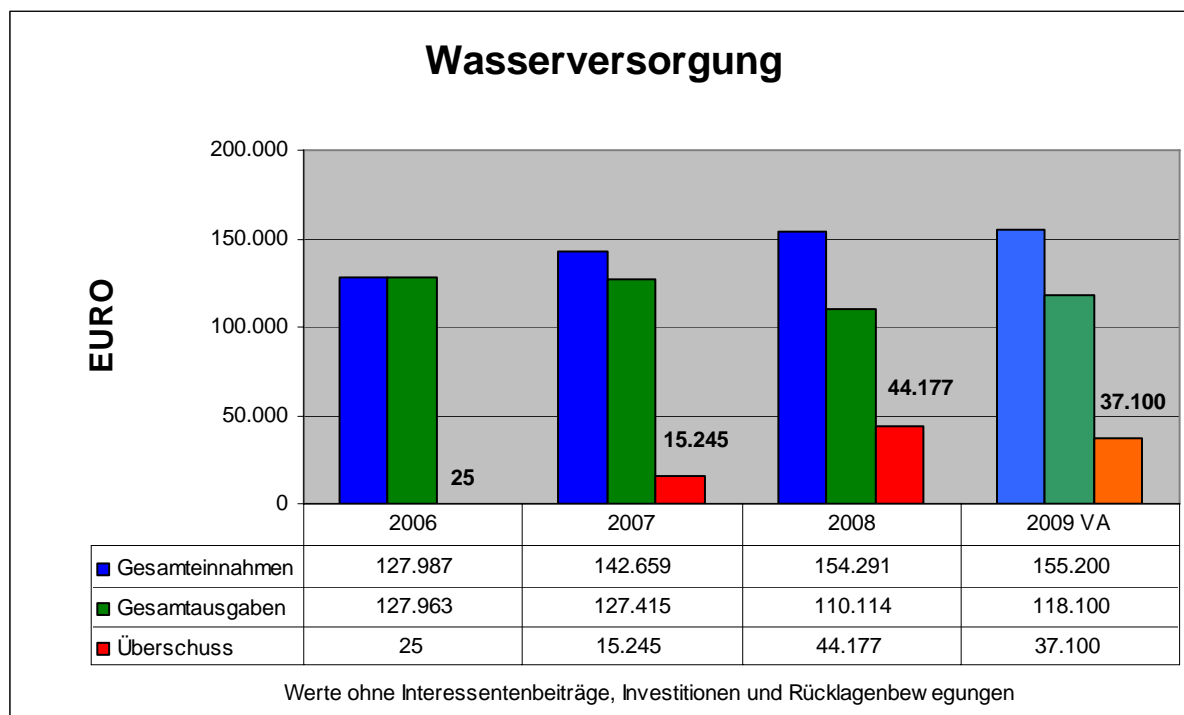
*In einer Besprechung mit den Amtsleitern des Bezirkes Grieskirchen im September 2008 wurde von einigen Amtsleitern über die durchwegs positiven Erfahrungen mit Reinigungsanalysen berichtet, weshalb wir es für zweckmäßig ansehen, eine solche in Auftrag zu geben.*

Weiters werden zwei Köchinnen (Beschäftigungsausmaß insgesamt rund 82 % einer Vollbeschäftigung) in der Schülerspeisung eingesetzt. Im Bauhof beschäftigt die Marktgemeinde fünf vollbeschäftigte und einen teilzeitbeschäftigten Arbeiter sowie eine Reinigungskraft im Ausmaß von 50 %, wobei ein Bauhofbediensteter auch die Tätigkeit des Badewartes wahrnimmt. Zur personellen Besetzung wird in den einzelnen Bereichen des Berichtes näher eingegangen.

Zum Personaleinsatz im Alten- und Pflegeheim wird auf Seite 31 Stellung genommen.

# Öffentliche Einrichtungen

## Wasserversorgung



In den Vergleichsjahren 2006 bis 2008 erzielte der Betrieb der Wasserversorgung im laufenden Betrieb jeweils Überschüsse. Die Verbesserung der Gebarungsergebnisse war dabei im Wesentlichen auf die verringerten Ausgaben für die Instandhaltung und die Verringerung des Personalaufwandes für den Wasserwart bei gleichzeitig jeweils höheren Wasserbezugsgebühren zurückzuführen.

Die dem Voranschlag 2009 angeschlossene mittelfristige Finanzplanung weist ebenfalls tendenziell steigende Überschüsse von 54.200 Euro im Planjahr 2010 auf 76.300 Euro im Planjahr 2012 auf; für diese Entwicklung sind vor allem auch rückläufige Ausgaben für den Annuitätendienst ausschlaggebend.

Der Anschlussgrad an die Wasserversorgung betrug zum Stichtag der Erstellung der Gebührenkalkulation für den Voranschlag 2009 ca. 74 % der Hauptwohnsitze. Weitere Ausbaumaßnahmen der Wasserversorgung sind, abgesehen von der Erschließung einer zweiten Wasserquelle (Kostenvolumen ca. 120.000 Euro), nicht vorgesehen. Zusätzliche Anschlüsse erfolgen nur im Bereich des bestehenden Netzes und des neuen Siedlungsgebietes in Inzing. Die im Rechnungsabschluss 2008 ausgewiesene Rücklage von ca. 48.400 Euro am Ende des Finanzjahres ist laut Auskunft der Marktgemeinde für die Aufbringung der Eigenmittel zur Finanzierung der zweiten Wasserquelle vorgesehen.

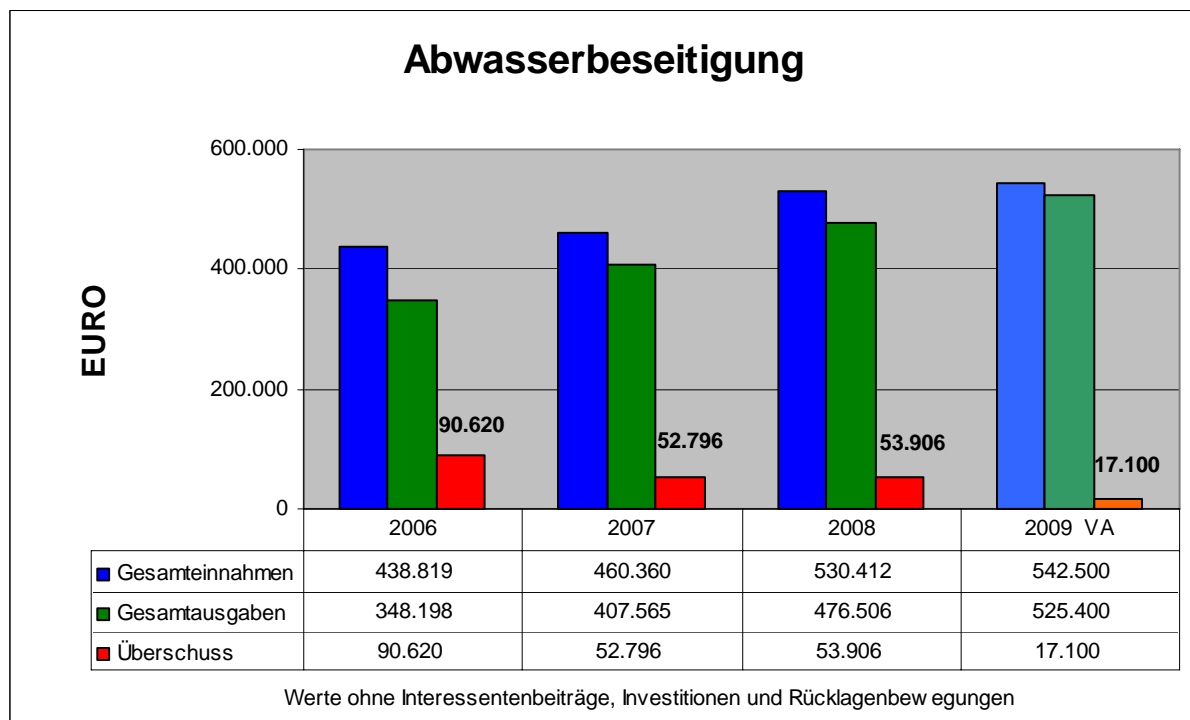
Die Wasserbezugsgebühren wurden in den vergangenen Jahren jeweils auf dem Niveau der Mindestgebühren zuzüglich des bei Abgangsgemeinden erforderlichen Aufschlages von 0,20 Euro pro m<sup>3</sup> eingehoben. Auch die Anschlussgebühren wurden in den vergangenen Jahren so wie auch im Vorschlag 2009 an die von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Höhe angepasst. Die Anschlussgebühren und Aufschließungsbeiträge wurden jeweils widmungsgemäß verwendet.

Derzeit liegen 85 Liegenschaften im Anschlussbereich, ohne dass diese Liegenschaften an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen sind. Bei der letzten Gebarungsprüfung im Jahr 2005 waren dies 140 Liegenschaften. Nachdem die Marktgemeinde die Wasserqualität der Hausbrunnen überprüfen ließ, wurde veranlasst, dass jene Liegenschaften, bei denen die Wasserqualität aus dem Hausbrunnen keine Trinkwasserqualität aufwies, an die öffentliche Wasserversorgung anschließen mussten. 43 Liegenschaften haben in den vergangenen Jahren an die Wasserversorgung angeschlossen und beziehen das Wasser auch aus der öffentlichen Wasserversorgung. In 16 Fällen liegen rechtskräftige Anschlussbescheide (erlassen im September 2007) vor bzw. wurde davon in fünf Fällen die Bereitschaft zum Anschluss bekundet. In diesen Fällen sollte tatsächlich auch zügig ein Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung erfolgen.

*Die Marktgemeinde hat auch zukünftig einer weiteren Verringerung der nicht angeschlossenen Liegenschaften im Pflichtanschlussbereich besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und im Sinne einer Gleichbehandlung der Bürger den Anschlusszwang umzusetzen; dies gilt besonders in jenen Fällen, in denen bereits im September 2007 rechtskräftige Anschlusspflichtbescheide erlassen wurden. Ein Verfahren wäre entsprechend der im Februar 2007 ergangenen Vorstellungsentscheidung fortzuführen.*

Durch Sanierungsmaßnahmen im bestehenden Netz konnte der vergleichsweise hohe Wasserschwind in den Jahren 2004 bis 2007 von 43 bis 53 % der geförderten Wassermenge im Jahr 2008 auf ein vertretbares Ausmaß von 23 % sehr deutlich verringert werden.

## Abwasserbeseitigung



Die Abwässer werden im Ortskanalnetz der Marktgemeinde Waizenkirchen gesammelt und in der Verbandskläranlage des Reinhaltungsverbandes Aschachtal gereinigt. Die Anschlussdichte lag zum Zeitpunkt der Gebarungsprüfung bei ca. 82 %. Der weitere Ausbau des Kanalnetzes wird mit dem BA11 abgeschlossen (umfasst ca. 80 Liegenschaften); im Rahmen des BA11 wird auch das neue Siedlungsgebiet in Inzing angeschlossen. Auf Grund eines wasserpolizeilichen Auftrages ist nach Abschluss des BA11 auch die Sanierung des Ortsnetzes (Kostenschätzung ca. 2 Mio. Euro) voraussichtlich im Jahr 2011 vorgesehen.

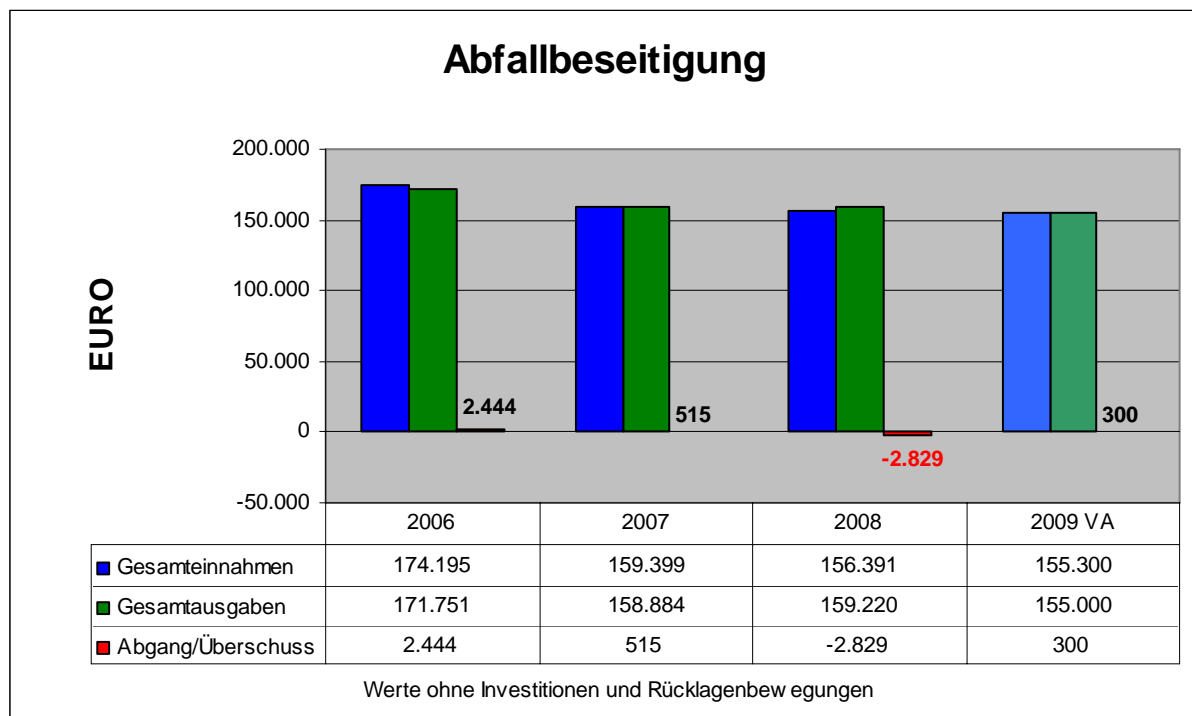
Wie die obige Graphik zeigt, haben sich die Gebarungsergebnisse rückläufig entwickelt. Dies ist vor allem auf den Anstieg des Annuitätendienstes zurückzuführen; so betrug der Nettoaufwand (nach Abzug der Ersätze für den Schuldendienst) im Finanzjahr 2006 ca. 106.700 Euro und im Finanzjahr 2008 ca. 174.500 Euro (Voranschlag 2009 214.400 Euro). In der mittelfristigen Finanzplanung wird für das Planjahr 2010 ein Überschuss von 25.300 Euro ausgewiesen; in den Planjahren 2011 und 2012 kommt es voraussichtlich wieder zu einem deutlicheren Anstieg des Überschusses auf 65.500 Euro bzw. 95.200 Euro.

Die Kanalbenützungsgebühren betragen im Finanzjahr 2008 3,10 Euro pro Kubikmeter verbrauchtem Wasser zuzüglich einer Gebühr von 54 Euro für die Einleitung von Dach- und Oberflächenwässer je 300 m<sup>2</sup> angefangener Dachfläche. Die für die Einleitung der Dach- und Oberflächenwässer erzielten Einnahmen beliefen sich auf 33.335,18 Euro (d.s. 8,66 % der verbrauchsbezogenen Einnahmen). Bei einer Gesamtbetrachtung der verbrauchsbezogenen Einnahmen und der Einnahmen aus den Oberflächenwässern errechnet sich eine m<sup>3</sup>-Gebühr von 3,37 Euro pro m<sup>3</sup>. Dadurch wurde auch dem Erfordernis einer Abgangsgemeinde, die Gebühr um 0,20 Euro pro m<sup>3</sup> über den Mindestgebühren festzusetzen, entsprochen.

Die Mindestanschlussgebühren wurden jeweils jährlich an die von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Höhe angepasst. Die Anschlussgebühren und Aufschließungsbeiträge wurden jeweils widmungsgemäß verwendet.



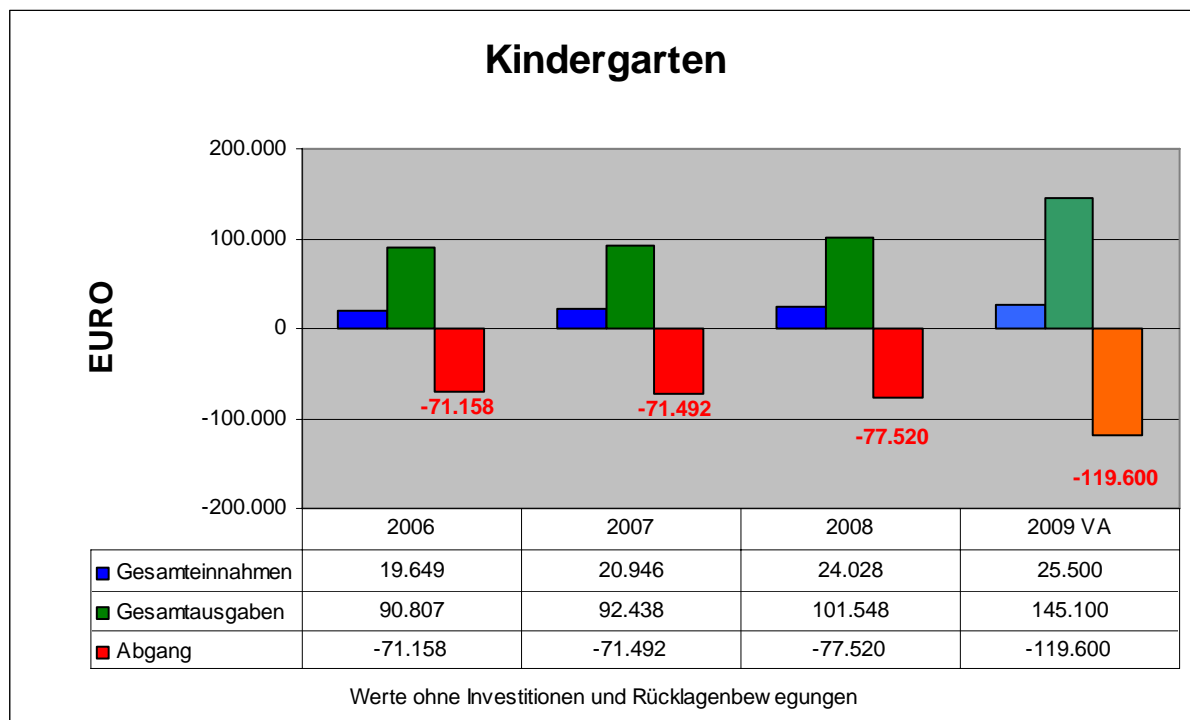
## Abfallbeseitigung



Bei einer Gesamtbetrachtung der Jahre 2006 bis 2008 konnte ein geringfügiger Überschuss von 130 Euro erzielt werden. Das ungünstigere Gebarungsergebnis im Finanzjahr 2008 ist auf abschließende Rekultivierungsmaßnahmen (Kosten ca. 5.900 Euro) bei der ehemaligen Bodenaushubdeponie zurückzuführen. Im Voranschlag 2009 ist ein Überschuss von 300 Euro veranschlagt.

*Der kostendeckenden Führung dieser Einrichtung ist auch weiterhin entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden.*

## Kindergarten



Der Kindergarten wird von der Pfarrcaritas der Pfarre Waizenkirchen geführt. Bis September 2008 wurde der Kindergarten viergruppig betrieben; seither bestehen fünf Gruppen. Der Kindergarten ist von Montag bis Donnerstag jeweils von 7.00 bis 16.30 Uhr und an einem Freitag von 7.00 bis 13.30 Uhr geöffnet.

Wie der Graphik zu entnehmen ist, konnte in den Jahren 2006 bis 2008 der Abgang bei dieser Einrichtung weitgehend stabil gehalten werden. Vom angeführten Abgang entfielen dabei im Finanzjahr 2008 ca. 57.900 Euro auf die Abgangsdeckung, wobei bei einer durchschnittlichen Kinderanzahl von 93 der Zuschussbedarf pro Kind bei 622,50 Euro lag; bei Berücksichtigung der übrigen Aufwendungen – insbesondere Berücksichtigung des Nettoaufwandes von 5.242,54 Euro für die Beförderung der Kinder und des Annuitätendienstes von 12.794,71 Euro – betrug der Zuschussbedarf pro Kind 833,55 Euro. Der Grafik ist zu entnehmen, dass sich im Finanzjahr 2009 ein wesentlich höherer Zuschussbedarf abzeichnet, der vor allem auf die gestiegene Zahl der betreuten Kinder (Frühjahr 2008 – 87 Kinder; Kindergartenjahr 2008/2009 104 Kinder) zurückzuführen ist. Der von der Pfarrcaritas angemeldete Zuschussbedarf von 103.000 Euro wird sich jedoch voraussichtlich durch personelle Änderungen (Ausscheiden älterer Bediensteter – Aufnahme jüngerer Bediensteter) und durch die nachträgliche Refundierung eines Personalkostenersatzes verringern; das Ausmaß der Verringerung des Zuschussbedarfes konnte von der Betreiberin des Kindergartens jedoch zum Zeitpunkt der Prüfung noch nicht näher präzisiert werden.

Zwischen der Marktgemeinde Waizenkirchen und der Pfarrcaritas besteht seit 1. Jänner 2004 ein Mietvertrag, der eine monatliche Miete von 250 Euro (ohne USt.) vorsieht; bei Indexsteigerungen des Verbraucherpreisindex 1986 von mehr als 10 % ist eine Valorisierung vereinbart. Im März 2008 wurde der Schwellenwert für die Indexanpassung überschritten, wobei bis zum Zeitpunkt der Gebärungsprüfung noch keine Anpassung der Miete erfolgte.

*Die Miete für den Kindergarten ist entsprechend der Steigerung des Verbraucherpreisindex neu festzusetzen.*

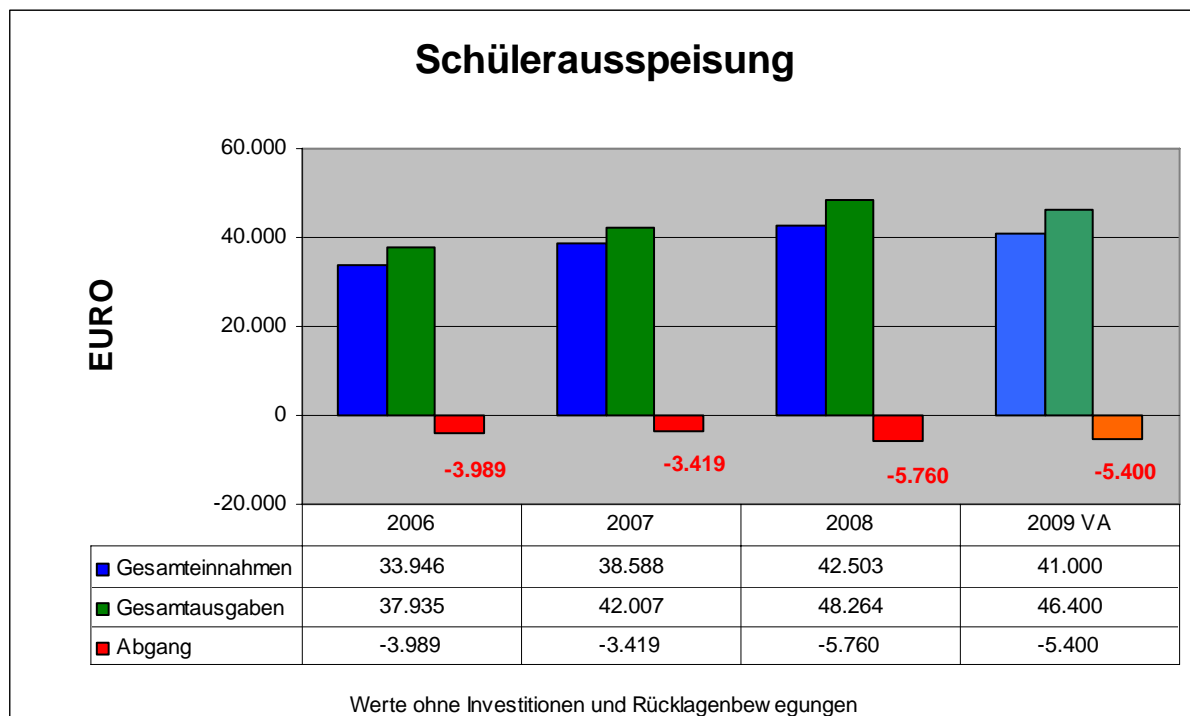
Die Anzahl der Leiterstunden betrug beim viergruppigen Kindergarten jeweils acht Wochenstunden<sup>5</sup>; mit dem Beginn des fünfgruppigen Kindergartens im September 2008 wurden die Leiterstunden – diese sind bei einem fünfgruppigen Kindergarten mindestens mit zehn Wochenstunden festzusetzen – um fünf Wochenstunden über das vorgesehene Mindestausmaß erhöht.

*Die Marktgemeinde sollte daher Gespräche mit der Betreiberin des Kindergartens aufnehmen und dabei die unbedingte Notwendigkeit der um fünf Wochenstunden über den vorgesehenen Mindeststunden liegenden Leiterstunden hinterfragen.*

---

<sup>5</sup> Dies entsprach der Mindestanzahl (mindestens zwei Stunden pro Gruppe) im Sinne des § 6 Oö. Kindergärten- und Horte-Dienstgesetz, wobei dieses Gesetz von einem Caritas-Kindergarten nicht unmittelbar anzuwenden ist, jedoch aus unserer Sicht durchaus als Anhaltspunkt für die Aufteilung der Arbeitszeit herangezogen werden kann.

## Schülerausspeisung



Der Abgang bei der Schülerausspeisung beträgt im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 durchschnittlich ca. 4.400 Euro. Bei diesem Wert wurden die anteilmäßigen Einrechnungen der Abgänge in die Schulkostenrechnungen und die deshalb eingenommenen Gastschulbeiträge nicht berücksichtigt; im Finanzjahr 2008 hat die Marktgemeinde ca. 960 Euro diesbezüglich eingenommen.

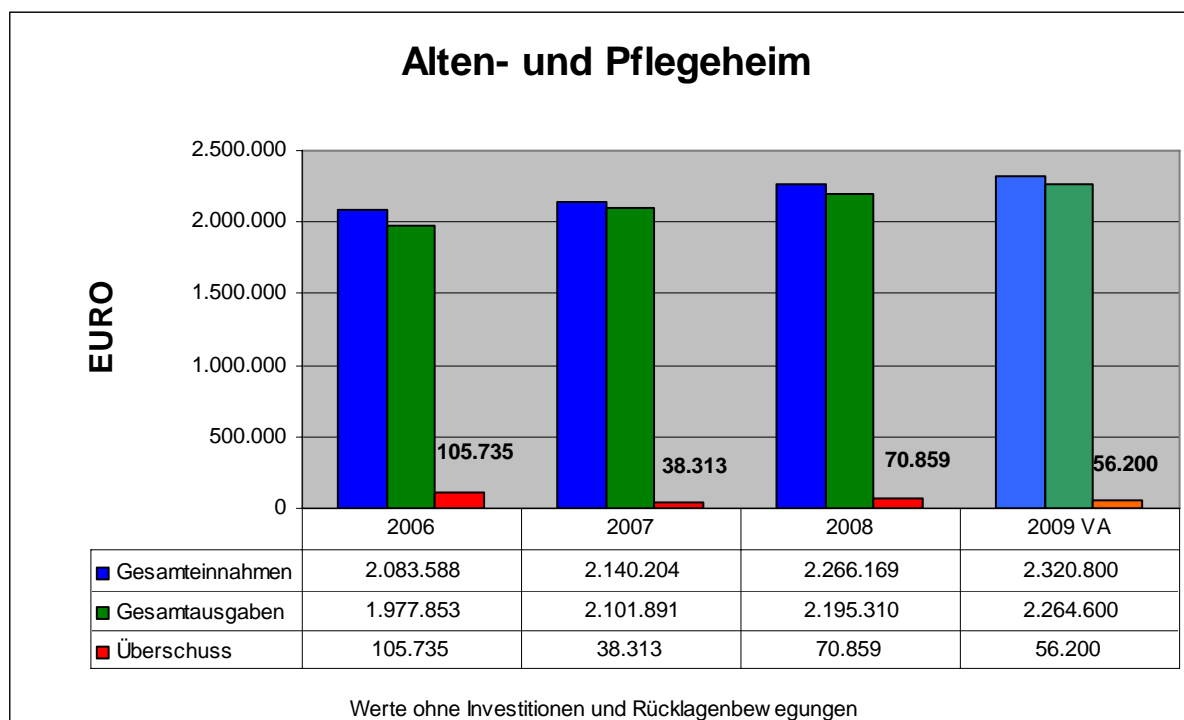
Im weitaus überwiegenden Ausmaß wird die Schülerausspeisung durch Schüler (15.150 Portionen) und teilweise auch durch Kinder (1.483 Portionen) aus dem Kindergarten und von Erwachsenen (228 Portionen) frequentiert; die angeführten Werte beziehen sich auf das Jahr 2008. Die Leistungen werden von zwei Köchinnen mit einem Beschäftigungsausmaß von jeweils 41,05 % der Vollbeschäftigung erbracht (insgesamt daher 0,821 PE). Im Hinblick auf die Anzahl der hergestellten Portionen ist von einem angemessenen Personaleinsatz auszugehen.

Für die Finanzjahre 2006 bis 2008 wurden die Entgelte für Schüler und Kindergartenkinder jeweils um 0,10 Euro von der Marktgemeinde angehoben; so wurde das Entgelt pro Portion für Schüler von 2,30 auf 2,50 Euro (für 2009 auf 2,60 Euro) und für Kindergartenkinder von 2,50 auf 2,70 Euro<sup>6</sup> (für 2009 auf 2,80 Euro) angehoben. Im Finanzjahr 2008 wäre die Kostendeckung pro Portion bei 2,87 Euro gelegen. Für Lehrer und Personal des Kindergartens wurde das Entgelt im angeführten Zeitraum von 3 Euro auf 3,40 Euro (für 2009 auf 3,60 Euro) angehoben.

Da die Marktgemeinde das Entgelt für die Schülerausspeisung über den von der Aufsichtsbehörde vorgegebenen Mindestgebühren von 2 Euro für Schüler und Kindergartenkinder einhebt, sehen wir keinen unmittelbaren Bedarf die Entgelte anzuheben; eine Indexanpassung wird jedoch weiterhin für zweckmäßig angesehen.

<sup>6</sup> Das Entgelt pro Portion für Kindergartenkinder ist wegen des zusätzlichen Aufwandes für den Transport des Essens von der Schülerausspeisung zu dem ca. 300 m entfernten Kindergarten teurer.

## Alten- und Pflegeheim



Die Marktgemeinde betreibt ein Alten- und Pflegeheim mit 87 Heimplätzen und einem Kurzzeitpflegeplatz. Im Beobachtungszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 wurden Überschüsse von insgesamt 214.907 Euro erzielt. Von diesem Überschuss wurden 176.239,85 Euro einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt und 39.342,59 Euro für Investitionen herangezogen.

Mit Bescheid des Amtes der Oö. Landesregierung vom 22. März 1999 wurde entsprechend den Bestimmungen der Oö. Alten- und Pflegeheimverordnung eine bis zum 31. Dezember 2005 befristete Ausnahmegewilligung erteilt, da bei insgesamt 20 Zweibettzimmern und teilweise zu kleinen Wohneinheiten den Erfordernissen der Verordnung nicht entsprochen wurde. Die Marktgemeinde hat mit Antrag vom 31. August 2005 um die Erteilung der Ausnahmegewilligung bis 31. Dezember 2015 angesucht. Eine Bewilligung wurde bisher nicht erteilt.

*Da die bisherige Ausnahmegewilligung bereits vor mehr als drei Jahren abgelaufen ist, ist der raschen Erlangung einer Ausnahmegewilligung besonderes Augenmerk zuzuwenden.*

Die angeführte Verordnung (§ 10) sieht vor, dass der Heimträger die Aufgaben und Befugnisse der Heimleitung, der Funktionsbereiche (Küche, Reinigung, Wäscherei und Haustechnik) sowie des Pflegedienstes in einer Dienstordnung zu regeln hat. Abgesehen von der Dienstbetriebsordnung – die allerdings nur auf den Aufgabenbereich des Verwaltungspersonals im Marktgemeindeamt abstellt – bestehen für die Bediensteten des Alten- und Pflegeheimes keine näheren diesbezüglichen Regelungen.

*Eine Dienstordnung, die die Aufgaben und Befugnisse der jeweiligen Gruppen des Heimpersonals regelt, ist zu erlassen. Auf die Notwendigkeit der Erlassung einer Dienstordnung wurde bereits anlässlich der letzten Gebarungsprüfung im Jahr 2004 hingewiesen.*

Bei Dienstabwesenheit des Heimleiters ist das Büro nicht besetzt.

*Da ohnehin durch Bedienstete des Rechnungswesens im Marktgemeindeamt Leistungen für das Alten- und Pflegeheim erbracht werden, wird im Hinblick auf eine verstärkte Serviceorientiertheit angeregt, zumindest einen Teil dieser Leistungen vor Ort durch personelle Umschichtungen zu erbringen und dadurch gleichzeitig auch die Abwesenheit des Heimleiters zu überbrücken.*

Auf Grund des Heimvertragsgesetzes (BGBl. I, Nr. 12/2004) ist mit jeder Heimbewohnerin und jedem Heimbewohner ein Heimvertrag abzuschließen. Für zumindest mehr als die Hälfte der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner liegt derzeit kein schriftlicher Heimvertrag vor.

*Der Abschluss der fehlenden schriftlichen Heimverträge ist nachzuholen; in Zukunft ist bei Aufnahme in das Alten- und Pflegeheim jeweils unmittelbar ein schriftlicher Heimvertrag abzuschließen.*

Im Finanzjahr 2008 betrug der Lebensmitteleinsatz für eine Vollverpflegung 3,23 Euro (ohne USt.); der diesbezügliche Durchschnittswert der drei Heime des Sozialhilfeverbandes Grieskirchen liegt hingegen nur bei 2,42 Euro (Bandbreite zwischen 2,37 bis 2,48 Euro). Im Finanzjahr 2007 betrug der diesbezügliche Wert im Alten- und Pflegeheim Waizenkirchen 2,87 Euro und in den Heimen des Sozialhilfeverbandes Grieskirchen ergab sich ein Durchschnittswert von 2,26 Euro.

Ausgabeneinsparungen sind dabei nach einem Vergleich mit den Heimen des Sozialhilfeverbandes Grieskirchen jedenfalls beim Einkauf von Brot und Gebäck möglich.

*Grundsätzlich wird es zur Erzielung marktkonformer Preise für notwendig angesehen, in den angeführten Bereichen nicht nur ortsansässige Betriebe in das Vergabeverfahren einzubeziehen.*

*Die Verpflegskostensätze für das Personal von 0,85 Euro für das Frühstück, 2,40 Euro für das Mittagessen und 1,80 Euro für das Abendessen sollten den Werten in den Heimen des Sozialhilfeverbandes angepasst werden (Frühstück 0,90 Euro, 2,70 Euro Mittagessen und 1,80 Euro Abendessen).*

Am 8. April 2008 erfolgte ein Routinebesuch der Heimaufsicht und mit Schreiben der Abteilung Soziales vom 14. November 2008 wurde die Marktgemeinde über das Ergebnis informiert; in 29 Punkten wurden Empfehlungen zu diversen Bereichen (z.B. organisatorische Maßnahmen, Wohn-, Betreuungs- und Pflegekultur, Betreuungs- und Pflegedokumentation und Medikamentengebarung, Einhaltung des Pflegepersonalschlüssels) abgegeben. Der Personaleinsatz im Alten- und Pflegeheim ist durch den Pflegepersonalschlüssel weitestgehend vorgegeben; beim angeführten Routinebesuch der Heimaufsicht wurde diesbezüglich festgestellt, dass der Personaleinsatz vor allem durch die nicht gerechtfertigte volle Einrechnung der Pflegedienstleitung in den Bereich der Betreuung und Pflege unter den Mindestanforderungen der Oö. Alten- und Pflegeheimverordnung lag.

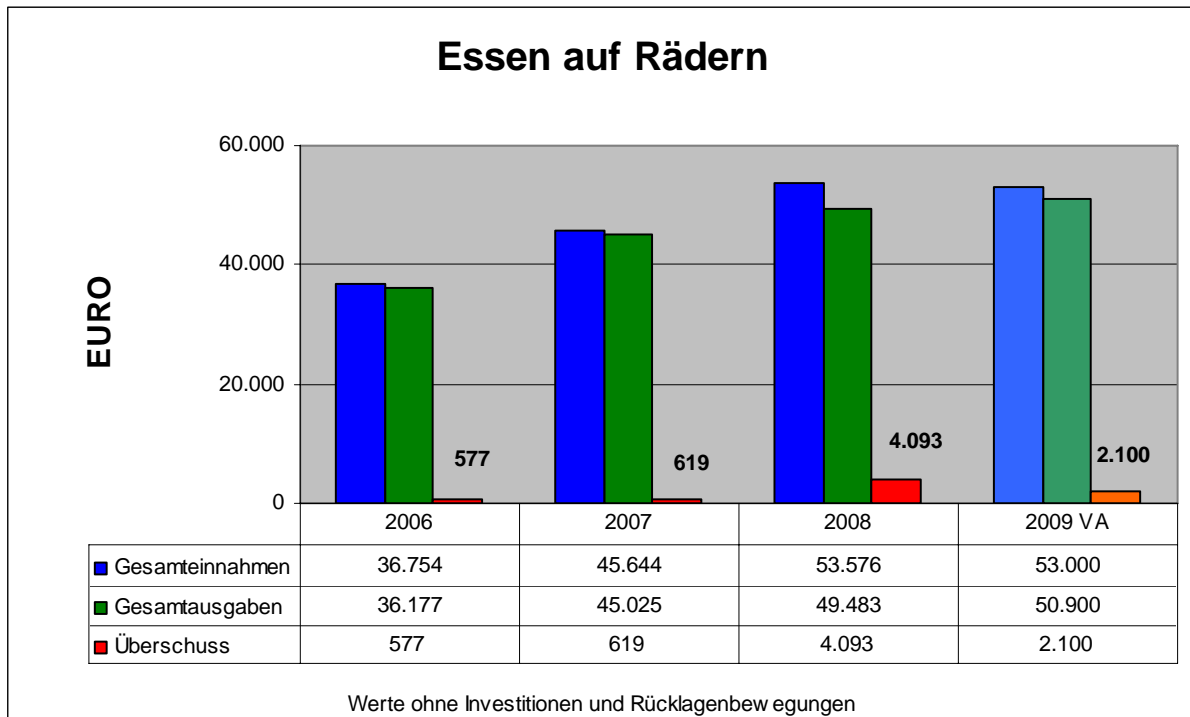
*Der Umsetzung und Beachtung der gegebenen Empfehlungen ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.*

Die stichprobenweise Überprüfung der Gehaltsabrechnung ergab keine Mängel.

In der Heimordnung ist geregelt, dass das Heimforum u.a. aus fünf Bewohnervertreterinnen und Bewohnervertretern besteht; laut Auskunft des Heimleiters ist derzeit nur ein Bewohner entsandt.

*Das Heimforum sollte wiederum entsprechend besetzt werden.*

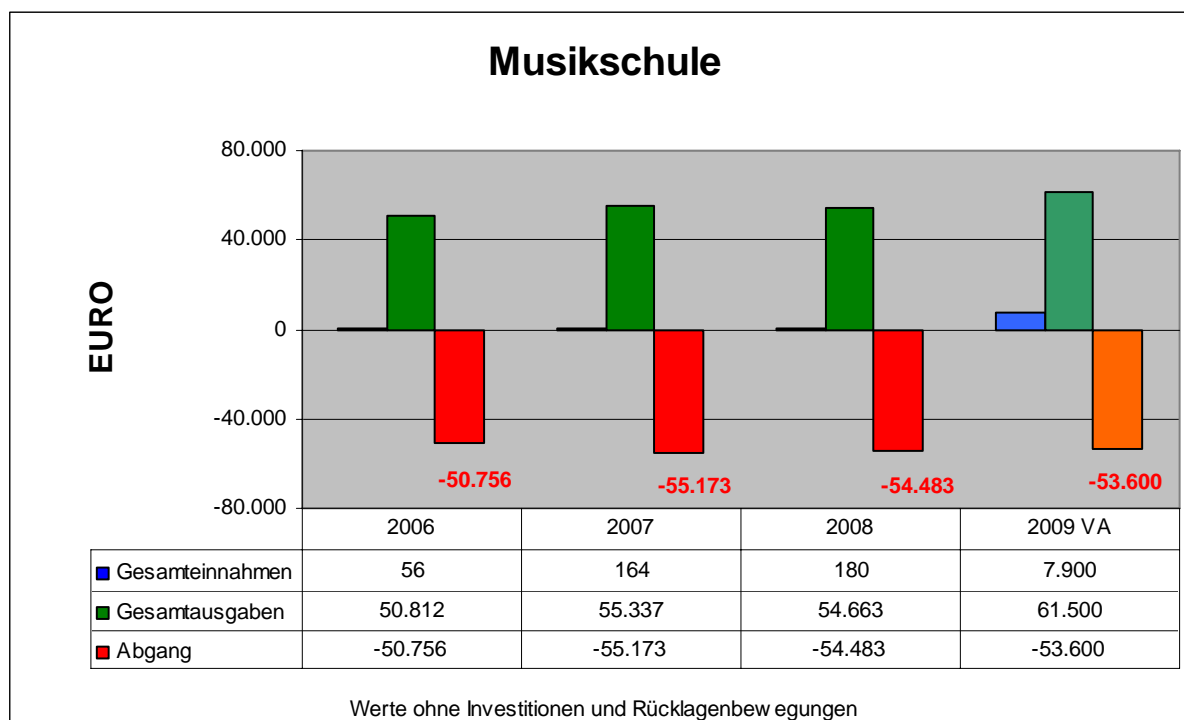
## Essen auf Rädern



Im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 wurden jeweils Überschüsse erzielt; der Überschuss des Finanzjahres 2008 wurde einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt. Das Essen wird vom Alten- und Pflegeheim Waizenkirchen zu einem Entgelt von 5,40 Euro inkl. Umsatzsteuer bezogen und durch neun freiwillige Helfer mit einem geleasteten Fahrzeug an die Teilnehmer an der Aktion zu einem Entgelt von 7,50 Euro (seit 2006 unverändert) gestellt. Die Anzahl der jährlichen Portionen ist von 4.255 (d.s. ca. 12 tägliche Portionen) im Finanzjahr 2005 auf 7.815 (d.s. ca. 21 tägliche Portionen) im Jahr 2008 gestiegen. Am Ende des Finanzjahres 2008 wies die Rücklage einen Stand von 4.738,81 Euro auf.

*Einer kostendeckenden Führung dieser Einrichtung sollte auch weiterhin entsprechende Aufmerksamkeit zugewendet werden.*

## Musikschule



Die Landesmusikschule ist im Schloss Weidenholz untergebracht. Der Betrieb führte in den vergangenen drei Jahren zu einem durchschnittlichen Abgang von ca. 53.500 Euro. Die Investitionen für Instrumente von ca. 11.600 Euro und hierfür gewährte Landeszuschüsse von ca. 8.200 Euro wurden dabei nicht berücksichtigt.

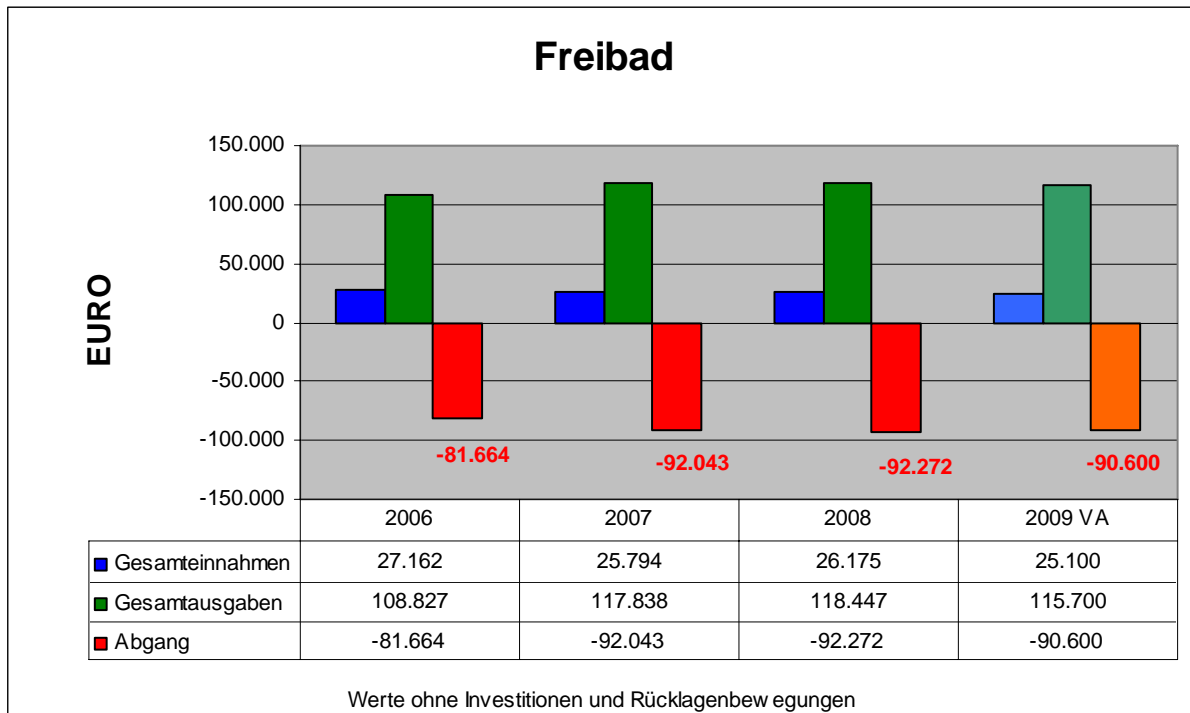
Den Hauptanteil an den beträchtlichen laufenden Ausgaben bildeten im Finanzjahr 2008 der Aufwand für die Elektroheizung mit 13.969 Euro, der Personalaufwand für die Reinigung mit 13.139,48 Euro und der Annuitätendienst mit 12.411,59 Euro (Laufzeit der Darlehen bis Juli 2012).

In der Grafik wurde die für das Personal der Landesmusikschule eingemommene Kommunalsteuer von 9.001,75 Euro (Wert für das Jahr 2008) nicht berücksichtigt.

Die Landesmusikschule wurde im Schuljahr 2008/2009 von rund 285 Schülern besucht, von denen 135 Schüler ihren Hauptwohnsitz in anderen Gemeinden haben. Entsprechend den Vorgaben der Aufsichtsbehörde werden im Finanzjahr 2009 erstmals Deckungsbeiträge von 50 Euro pro auswärtigen Schüler eingehoben. Bei insgesamt 135 auswärtigen Schülern betragen die Deckungsbeiträge im Finanzjahr 2009 6.750 Euro.



## Freibad



Diese Einrichtung führte im Beobachtungszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 zu vergleichsweise hohen Abgängen zwischen ca. 81.700 Euro bis 92.300 Euro; für das Finanzjahr 2009 ist ein Abgang von 90.600 Euro präliminiert. Bei der Höhe des Abganges ist jedoch zu berücksichtigen, dass in den einzelnen Jahren jeweils ein Annuitätendienst zwischen ca. 55.300 Euro bis ca. 57.800 Euro zu entrichten war.

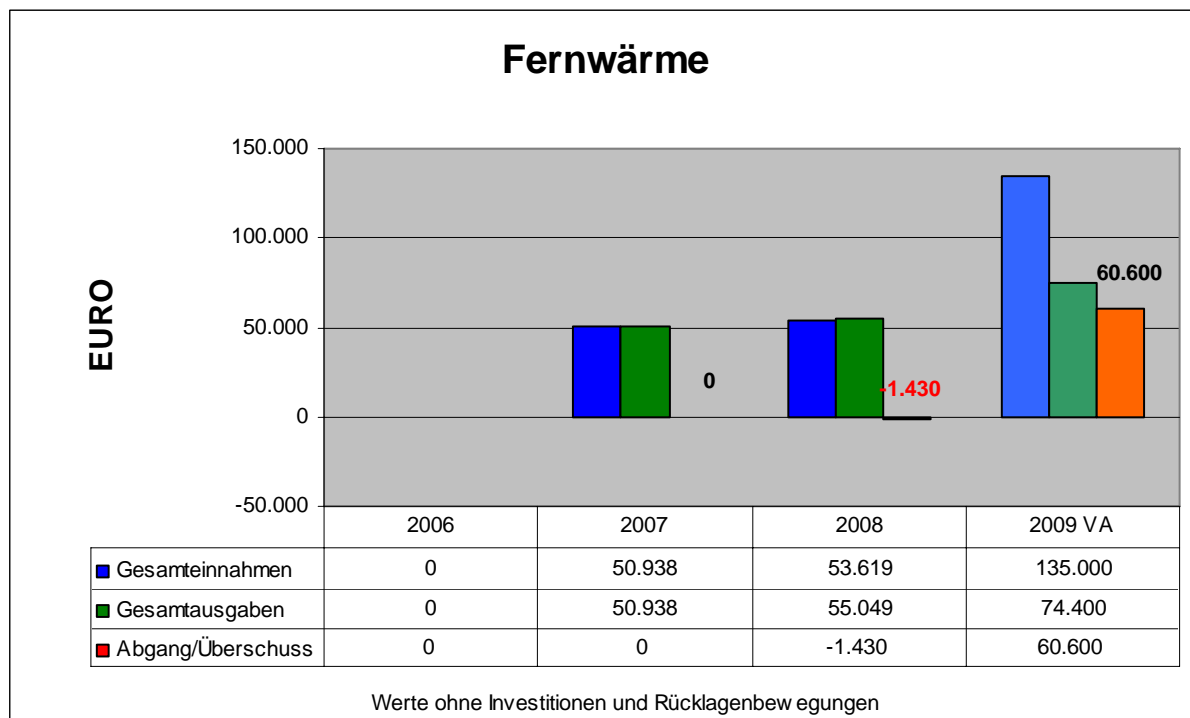
Ohne Berücksichtigung des Annuitätendienstes wurden folgende Gebarungsergebnisse erzielt:

Finanzjahr	2006	2007	2008	2009
Abgang	26.340	34.458	34.437	34.600

Da entsprechend den bei der Gebarungsprüfung im Jahr 2004 gegebenen Empfehlungen in den Jahren 2006 bis 2009 jeweils vor Beginn der Badesaison Anpassungen bei den Entgelten für den Eintritt vorgenommen wurden, ergibt sich kein größerer Bedarf an einer Erhöhung der Entgelte.

*Es wird weiterhin empfohlen, zumindest bei Indexsteigerungen von mehr als 5 % eine Valorisierung der Entgelte vorzunehmen.*

## Fernwärme

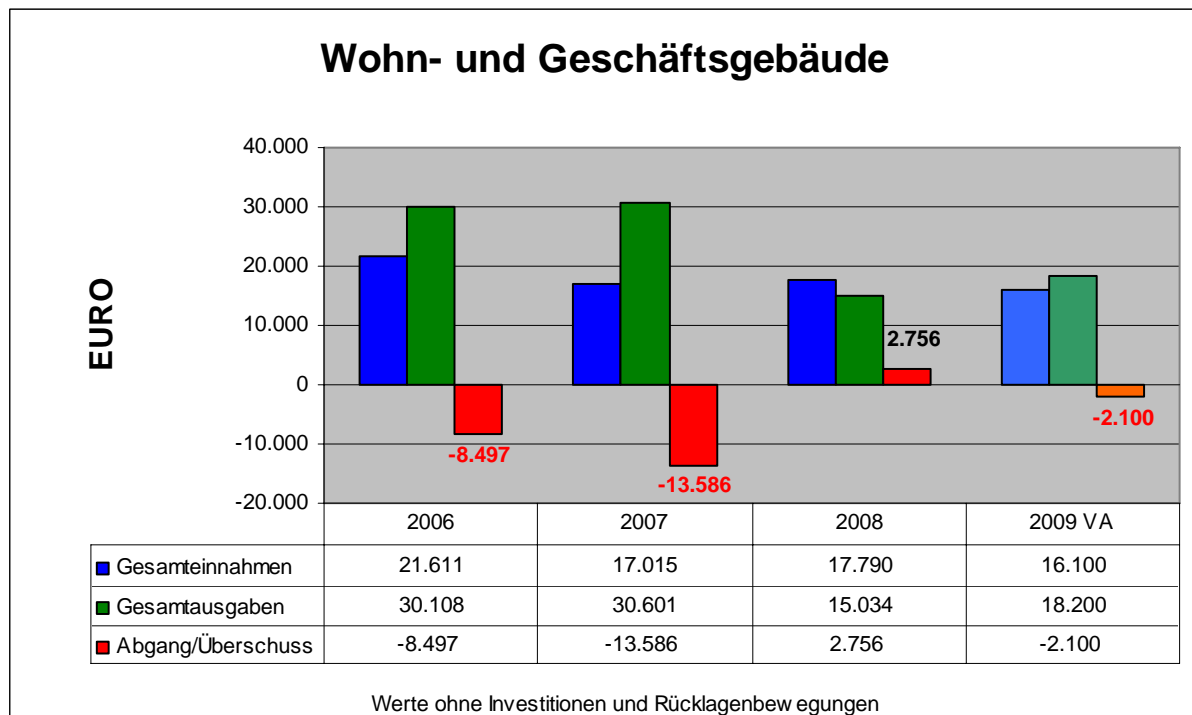


Die Marktgemeinde betreibt seit Jahren eine Hackschnitzelheizung und versorgt damit das Alten- und Pflegeheim und die Volks- und Hauptschule mit Fernwärme. Im Finanzjahr 2008 bzw. 2009 kam es zu einer Erweiterung und dabei neben dem Anschluss des Marktgemeindeamtes auch zum Anschluss von privaten Objekten (derzeit insgesamt 25 Abnehmer). Im Rahmen dieser Erweiterung hat die Marktgemeinde bei der Bezirkshauptmannschaft Grieskirchen das Gewerbe "Betrieb einer Anlage zur Erzeugung und Lieferung von Wärme aus Biomasse mit einer Brennstoffwärmeleistung bis einschließlich 4 MW" angemeldet.

Die obige Grafik ist auf Grund des Standes der derzeitigen Erweiterung noch nicht aussagefähig; so ist vor allem der Überschuss im laufenden Finanzjahr darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben für die Erweiterung bei den Ausgaben nicht berücksichtigt wurden.

*Der Betrieb einer Nahwärmeversorgung für private Abnehmer zählt nicht zu den Kernaufgaben einer Gemeinde. Beim laufenden Betrieb ist daher besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass es dadurch zu keinen Belastungen des ordentlichen Haushaltes kommt.*

## Wohnhäuser



Wie die Grafik zeigt, wurden in den vergangenen Jahren wechselnde Gebarungsergebnisse erzielt. Die Abgänge in den Jahren 2006 und 2007 waren auf einen erhöhten Instandhaltungsaufwand (einschließlich Bauhofleistungen) zurückzuführen. Die Wohnungen im Schloss Weidenholz weisen generell einen schlechten baulichen Zustand auf. So sind von 17 Wohnungen nur mehr fünf Wohnungen vermietet. Der schlechte bauliche Zustand der Wohnungen wirkt auch dämpfend auf die Mietzinshöhe. Zwei bereits vor Jahrzehnten abgeschlossene Mietverhältnisse weisen keine Indexsicherung auf. Bei drei Mietverhältnissen mit vereinbarter Wertanpassung wurden die bereits möglichen Indexanpassungen nicht umgesetzt. Letzteres gilt auch für zwei Bestandsverhältnisse im Marktgemeindeamt.

*Indexanpassungen sollten zum frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen, da eine rückwirkende Verrechnung nicht zulässig ist.*

# **Gemeindevertretung**

## **Gemeinderat und Gemeindevorstand**

In den Jahren 2006 bis 2008 wurden vom Gemeinderat zumindest in jedem Quartal Sitzungen abgehalten; vom Gemeindevorstand wurde im Jahr 2008 im dritten Quartal keine Sitzung abgehalten.

*Es wird auf die Bestimmungen des § 57 Abs. 1 Oö. GemO 1990 hingewiesen, wonach vom angeführten Kollegialorgan zumindest in jedem Vierteljahr eine Sitzung abzuhalten ist.*

## **Gemeindeinterne Prüfung**

Im Vergleichszeitraum der Jahre 2006 bis 2008 wurde vom Prüfungsausschuss jeweils die erforderliche Anzahl von Sitzungen abgehalten.

## **Sitzungsgelder**

Die Verordnung über das Sitzungsgeld für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates und der Ausschüsse wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 2. Juli 1998 beschlossen; darin wurde geregelt, dass das Sitzungsgeld 1 % des Bezuges vom Bürgermeister beträgt. Für die Vorsitzführung in einer Sitzung des betreffenden Ausschusses beträgt das Sitzungsgeld 2 %.

Im Hinblick auf die möglichen Höchstgrenzen (bis zu 3 % der vorhin angeführten Bemessungsgrundlage) kann der Marktgemeinde ein sparsamer Umgang mit Aufwandsentschädigungen für Mandatäre bescheinigt werden.

## **Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben**

Bei den Verfügungsmitteln des Bürgermeisters wurde in den vergangenen drei Jahren die zulässige Grenze (3 ‰ der veranschlagten ordentlichen Gesamtausgaben) nicht erreicht. Im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre betrug die Höhe der beanspruchten Verfügungsmittel 1,81 ‰ der angeführten Bemessungsgrundlage.

Die Repräsentationsausgaben wurden in den vergangenen drei Jahren mit 0,92 ‰ der vorhin angeführten Bemessungsgrundlage (zulässig bis 1,5 ‰) beansprucht.

Dem Bürgermeister kann daher ein sparsamer Umgang mit den gegenständlichen Mitteln bestätigt werden.

## Weitere wesentliche Feststellungen

### Feuerwehrwesen

Im Gemeindegebiet gibt es vier Freiwillige Feuerwehren. Der laufende Aufwand lag im Finanzjahr 2008<sup>7</sup> bei 48.389,42 Euro (13,17 Euro pro Einwohner); in den Jahren 2006 und 2007 ergaben sich Kosten von 12,70 bzw. 13,42 Euro pro Einwohner. Im Bezirksschnitt liegen die Kosten bei ca. 12 Euro pro Einwohner.

### Förderungen und freiwillige Ausgaben

Die freiwilligen Ausgaben erreichten im Finanzjahr 2008 eine Höhe von 15,09 Euro pro Einwohner. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass im Finanzjahr 2008 eine Sonderförderung von 18.000 Euro für die neue Orgel in der Pfarrkirche gewährt wurde. Ohne diese Förderung wurde der zulässige Höchststrahmen von 15 Euro pro Einwohner deutlich unterschritten.

Die Gewährung von Betriebsförderungen erfolgt grundsätzlich im Rahmen der aufsichtsbehördlichen Empfehlungen. Von der Marktgemeinde wurden Richtlinien für die Förderung von Betrieben erlassen, die für die Schaffung neuer Arbeitsplätze die Refundierung von jeweils 30 % der Kommunalsteuer für einen Zeitraum von fünf Jahren vorsehen. Schriftliche Förderungsvereinbarungen wurden bisher mit den geförderten Betrieben nicht abgeschlossen.

*Entsprechend dem Erlass der Aufsichtsbehörde vom 14. Februar 2002, Gem-400002/19-2002-Pö, soll in Hinkunft bei der Gewährung von Betriebsförderungen eine schriftliche Vereinbarung abgeschlossen werden, die beispielsweise auch eine Vereinbarung über die Rückerstattung der Förderung unter bestimmten Voraussetzungen vorsieht.*

### Versicherungen

Für Versicherungen sind im Finanzjahr 2008 Ausgaben von ca. 30.600 Euro entstanden; im Vergleich mit den diesbezüglichen Aufwendungen im Finanzjahr 2007 kam es vordergründig zu Einsparungen von ca. 3.800 Euro. Diese Einsparungen sind jedoch darauf zurückzuführen, dass im Finanzjahr 2008 zahlreiche auslaufende Versicherungsverträge neu abgeschlossen wurden und dabei eine andere Hauptfälligkeit vereinbart wurde. Im Finanzjahr 2009 liegen hingegen die Aufwendungen für Versicherungen bei 36.700 Euro. Die ausgelaufenen Versicherungsverträge (zehnjährige Laufzeit) wurden nach Überarbeitung durch die bisherige Versicherung wiederum mit einer zehnjährigen Laufzeit abgeschlossen. Nachdem im Jahr 1998 eine externe Versicherungsanalyse durchgeführt wurde, wäre es zweckmäßig gewesen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Auslaufen zahlreicher Versicherungsverträge eine Ausschreibung der Versicherungsleistungen vorzunehmen.

*Es wird empfohlen, im Jahr 2010 erneut eine Versicherungsanalyse von unabhängiger dritter Seite durchführen zu lassen.*

---

<sup>7</sup> Beim laufenden Aufwand wurden Investitionen (Ausgaben der Postenklasse 0) und damit im Zusammenhang stehende Investitionszuschüsse nicht berücksichtigt; ebenso nicht berücksichtigt wurde der Annuitätendienst.

## Bauhof

Die Marktgemeinde beschäftigt sechs Bauhofarbeiter, wovon fünf vollbeschäftigt und einer teilzeitbeschäftigt (54,06 % der Vollbeschäftigung) sind; insgesamt stehen daher im Bauhof 5,54 Personaleinheiten zur Verfügung. Ein Bediensteter ist in der Entlohnungsgruppe p1, drei Bedienstete sind in der Entlohnungsgruppe p2 und zwei Bedienstete sind im neuen Gehaltsschema in der Funktionslaufbahn GD 19 eingereiht. Auf Grund der vielfältigen Einsatzgebiete der Bauhofarbeiter<sup>8</sup> ist von einem angemessenen Personaleinsatz auszugehen.

In den Jahren 2006 bis 2008 führte der Unterabschnitt Bauhof im ordentlichen Haushalt zu Abgängen von insgesamt ca. 145.400 Euro (davon Finanzjahr 2008 ca. 48.100 Euro). Für die Berechnung der Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen wurde dabei jeweils ein Stundensatz von 21 Euro zugrunde gelegt; der Stundensatz wäre so zu bemessen gewesen, dass ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt worden wäre. Für das Finanzjahr 2009 hat die Marktgemeinde den Stundensatz für die Vergütungen bereits auf 26 Euro angehoben.

---

<sup>8</sup> Neben der Straßenerhaltung (1.532 Stunden), dem Freibad (1.063 Stunden), der Wasserversorgung (641 Stunden), Reinigungs- und Gestaltungsarbeiten am Marktplatz (672 Stunden), dem Winterdienst im Bereich von Gehsteigen (177 Stunden) werden die Bauhofarbeiter auch bei den weiteren öffentlichen Einrichtungen der Marktgemeinde und bei der Abwicklung von außerordentlichen Vorhaben (im Jahr 2008 insgesamt 2.057 Stunden, davon 1.840 Stunden im Straßenbau) nach Bedarf zu Arbeiten herangezogen. Beim Winterdienst waren Räum- und Streudienste an den Maschinenring ausgelagert.

## Außerordentlicher Haushalt

### Überblick über den a.o. Haushalt des Finanzjahres 2008

Das Investitionsvolumen in den Jahren 2006 bis 2008 betrug insgesamt ca. 4.789.200 Euro. Im Finanzjahr 2008 sind dabei im außerordentlichen Haushalt Ausgaben von ca. 1.886.600 Euro entstanden. Im Rechnungsabschluss 2008 wird für den außerordentlichen Haushalt ein Sollfehlbetrag von insgesamt 207.946,67 Euro ausgewiesen.

Vorhaben	Genehmigter Finanzierungsplan (IKD)	tatsächliche Ausgaben bisher	Überschuss Gesamt	Abgang gesamt
FF Waizenkirchen	820.962	622.274,95	---	---
FF Unterheuberg	65.000	115.877,22	---	---
FF Ritzing	400.000	170.257,00	---	257,00
Kindergarten-Gruppenerweiterung	54.820	29.259,65	---	9.259,65
Sportverein (Trainingsplatz, Clubheim)	---	49.858,74	---	---
Öffentliche Bibliothek	36.000	434,82	14.065,18	
Ortsentwicklung	---	1.423,00	---	1.423,00
Landesstraßen (Linksabbieger)		76.836,96	---	---
Gemeindestraßen	1.200.000	662.672,27	---	130.382,63
Güterwegebau	---	69.421,04	---	49.421,04
GW Stiglhuber	---	11.700,00	751,90	---
Hochwasserschutz Aschach	---	7.950,95	---	---
INKOBA	---	1.223,05	---	1.223,05
WV Prambachkirchen und Umgebung	---	10.435,22	458,00	---
Kinderspielplatz Bahnhofstraße	---	57.572,50	---	---
Ankauf Klein-LKW	26.264	27.719,47	---	---
Baulanderschließung Inzing	---	110.606,11	161.212,07	---
Betreutes Wohnen	---	54.985,41	---	---

WVA	---	1.543.985,00	---	---
WVA Brunnen II	---	25.268,58	52.234,43	---
ABA BA 09	---	1.357.240,49	---	64.288,38
ABA BA 07	---	1.670.771,80	---	---
Kanalsanierung	---	70.370,05	---	31.054,75
ABA BA 10	---	1.518.387,82	---	147.145,28
ABA BA 11	---	2.213,47	---	2.213,47
Saldo:			-207.946,67	

Das baulich abgeschlossene Vorhaben "FF Waizenkirchen" konnte im abgelaufenen Finanzjahr durch die Flüssigmachung der restlichen Bedarfszuweisungsmittel ausfinanziert werden.

### **Löschfahrzeug Freiwillige Feuerwehr Unterheuberg**

Im Jahr 2008 wurde ein Löschfahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Unterheuberg angekauft. Entsprechend dem Finanzierungsplan waren Gesamtkosten von 65.000 Euro vorgesehen, wobei die Bedeckung der Kosten für die Pflichtausrüstung (ca. 7.500 Euro) durch Eigenmittel der Freiwilligen Feuerwehr vorgesehen war. Tatsächlich sind für den Ankauf des Löschfahrzeuges Kosten von 115.759,14 Euro entstanden, wobei die Mehrkosten v.a. durch die Beihilfe des Landes-Feuerwehrkommandos bzw. durch erhöhte Eigenmittel der Freiwilligen Feuerwehr beglichen wurden.

### **Freiwillige Feuerwehr Ritzing**

Der Neubau des Feuerwehrhauses Ritzing erfolgte durch die Freiwillige Feuerwehr selbst. Von der Marktgemeinde werden lediglich die in Aussicht gestellten Bedarfszuweisungsmittel sowie die im Finanzierungsplan vorgesehenen Eigenmittel der Marktgemeinde an die Freiwillige Feuerwehr weitergeleitet. Diese Vorgangsweise scheint nicht zuletzt im Hinblick auf das BVergG 2006 als äußerst problematisch. Demnach haben öffentliche Auftraggeber das BVergG 2006 – auch im Sinne der Transparenz der öffentlichen Auftragsvergabe – anzuwenden. Hinzu kommt, dass die Marktgemeinde während der Bauphase keine ordentliche Übersicht über die Kostenentwicklung des Vorhabens besitzt. Demnach kann auch bei Fehlentwicklungen nicht korrigierend eingegriffen werden.

*Zukünftig sind Vorhaben der Marktgemeinde unter Beachtung der Vorgaben des BVergG 2006 jedenfalls von der Marktgemeinde selbst abzuwickeln.*

### **Kindergarten - Gruppenerweiterung**

Auf Grund der verstärkten Nachfrage sind die bei der Kindergartenerweiterung im Jahr 2001 bereits vorgesehenen Räumlichkeiten für die fünfte Gruppe auszubauen und einzurichten. Die diversen Arbeiten für die Kindergartenerweiterung wurden von der Marktgemeinde bisher im Rahmen der Direktvergabe vergeben, wobei bei umfangreicheren Arbeiten auch Vergleichsanbote eingeholt wurden. Nach Auskunft der Marktgemeinde wird mit dem



gegebenen Kostenrahmen das Auslangen gefunden. Die im Finanzierungsplan vorgesehenen Eigenmittel der Marktgemeinde wurden bereits bereit gestellt.

### **Sportverein Trainingsplatz**

Im abgelaufenen Finanzjahr wurde ein Trainingsplatz für den Sportverein Waizenkirchen aus Eigenmitteln der Marktgemeinde angekauft (14.120 m<sup>2</sup> à 3,20 Euro). Für das Vorhaben mit geschätzten Gesamtkosten von 180.000 Euro, das auch eine Einzäunung des Trainingsplatzes sowie eine Bewässerung und eine Flutlichtanlage vorsieht, wurden für das Jahr 2010 Landesmittel von insgesamt 120.000 Euro zugesichert. Geplant ist weiters ein Zu- bzw. Umbau des Kabinengebäudes.

*Zur Abwicklung des Vorhabens wird angemerkt, dass diese – wie bereits beim Vorhaben Feuerwehrzeughaus Ritzing erwähnt – durch die Marktgemeinde und nicht durch den Sportverein erfolgen sollte. Sollte aber dennoch der Sportverein als öffentlicher Auftraggeber auftreten, ist das BVergG 2006 anzuwenden.*

### **Öffentliche Bibliothek**

Im Kellergeschoss der zum Betreubaren Wohnen umgebauten "Alten Volksschule" wird von der Marktgemeinde in kooperativer Trägerschaft mit der Pfarre eine öffentliche Bibliothek eingerichtet. Während im abgelaufenen Finanzjahr bereits ein Landeszuschuss sowie Zuführungen aus dem ordentlichen Haushalt vereinnahmt werden konnten, sind nur geringfügige Kosten für die Verfliesung angefallen. Der Überschuss des Jahres 2008 wird dabei für die im laufenden Jahr angefallenen Kosten von rund 30.000 Euro für die Fertigstellung der Räumlichkeiten herangezogen. Mit den im Finanzierungsplan ausgewiesenen Gesamtkosten von 36.000 Euro wird nach Auskunft der Marktgemeinde das Auslangen gefunden.

### **Ortsentwicklung**

Die Marktgemeinde wurde per 1. Juli 2008 in den Landesverband der Dorf- und Stadtentwicklungsgemeinden aufgenommen. Die Arbeitsschwerpunkte des Vereins "Liebenswertes Waizenkirchen – Netzwerk Ortsentwicklung" werden in der Marktplatzneugestaltung samt Gemeindeamt, der Verbesserung der Nahversorgung im Zentrum, der Erstellung eines Verkehrskonzeptes sowie der Sanierung des Hochtraktes Schloss Weidenholz liegen. Die in Zukunft anfallenden Ausgaben sollen vorerst durch Überschüsse beim Vorhaben "Baulanderschließung Inzing" bedeckt werden.

### **Landesstraßen (Linksabbiegespur)**

Die Errichtung einer Linksabbiegespur und eines Fahrbahnteilers bei der Michaelnbach-Stauff-Landesstraße zur Erschließung eines Gewerbegebietes wurde von der Straßenverwaltung des Landes Oö. bzw. im Zuge des Umwidmungsverfahrens gefordert und durchgeführt. Der Fehlbetrag der Vorjahre konnte auf Grund der finanziellen Situation im Jahr 2008 durch Mittel des ordentlichen Haushaltes nunmehr bedeckt werden.

*Sollten sich neue Betriebe ansiedeln, wird der Marktgemeinde empfohlen, von diesen Beitragsleistungen für die Linksabbiegespur zu fordern.*

## **Gemeindestraßenbau, Güterwegebau**

Im abgelaufenen Finanzjahr wurden für den Gemeindestraßenbau rund 390.000 Euro aufgewendet, wodurch sich – nach Übernahme des Fehlbetrages vom Vorjahr – ein Abgang von 130.382,63 Euro ergab. Der Marktgemeinde wird daher empfohlen, die Abwicklung von Straßenbauvorhaben nur nach Maßgabe des genehmigten Finanzierungsplanes vorzunehmen bzw. nur soweit die dafür vorgesehenen Einnahmen vorhanden oder rechtlich und tatsächlich gesichert sind. Es ist jedenfalls darauf zu achten, dass mit den im genehmigten Finanzierungsplan vorgesehenen Mitteln das Auslangen gefunden wird.

Die diversen Leistungen für den Straßenbau werden jährlich nach der formlosen Einholung von Vergleichsangeboten (v.a. ortsansässiger Betriebe) vergeben.

*Im Hinblick auf die Auftragssummen wäre es erforderlich gewesen, ein dem BVergG 2006 entsprechendes Vergabeverfahren abzuwickeln, wobei im Lichte des nicht exakt feststehenden Leistungsumfanges grundsätzlich auch die Vergabe von Aufträgen im Wege einer Rahmenvereinbarung in Erwägung zu ziehen gewesen wäre. Zur Förderung des Wettbewerbes ist es erforderlich, auswärtige Unternehmen in den Vergabevorgang einzubinden.*

Die im Bereich der Güterwege angefallenen Ausgaben wurden im laufenden Finanzjahr durch Mittel des Wegeerhaltungsverbandes Hausruckviertel bedeckt.

## **Hochwasserschutz Aschach**

Bei diesem Vorhaben wurde der Gemeindebeitrag für ein Hochwasserschutzprojekt im Ortsgebiet von Waizenkirchen abgerechnet. Entsprechend der vom Gewässerbezirk Grieskirchen vorgelegten Abrechnung betrug der von der Marktgemeinde zu entrichtende Interessentenbeitrag insgesamt 7.950,95 Euro. Durch die Bereitstellung von Mitteln des ordentlichen Haushaltes im Jahr 2008 konnte das Vorhaben finanziell ausgeglichen werden.

## **Betriebsbaugbiet INKOBA**

Zwölf Gemeinden des Bezirkes Grieskirchen ("Hausruck Nord") bildeten einen Gemeindeverband zum Zwecke der Errichtung und des Betriebes von Betriebsansiedlungsgebieten. In der Marktgemeinde Waizenkirchen war dafür eine Anpassung des Ortsentwicklungskonzeptes notwendig, wofür bisher geringfügige Kosten für den Ortsplaner entstanden sind. Um die anfallenden Ausgaben zu bedecken, werden diese auf die beteiligten Gemeinden umgelegt.

## **Wasserverband Prambachkirchen und Umgebung**

Unter dem Vorhaben "WV Prambachkirchen und Umgebung" werden die Baukostenbeiträge für die Errichtung der einzelnen Bauabschnitte der Wasserversorgungsanlage abgewickelt, die vom Wasserverband vorgeschrieben werden. Der geringfügige Überschuss wird für ev. weitere Vorschreibungen herangezogen.

## **Kinderspielplatz Bahnhofstraße**

Für die Errichtung des Kinderspielplatzes Bahnhofstraße sind Ausgaben von 57.572,50 Euro entstanden. Der Großteil entfiel dabei auf die Spielplatzeinrichtung, die nach Einholung eines

Vergleichsanbotes im Wege der Direktvergabe vergeben wurde. Bedeckt wurden die Ausgaben durch Landesmittel von 29.400 Euro und mit dem Erlös aus einem Grundstücksverkauf.

### **Ankauf Klein-LKW**

Nachdem für den alten Pritschenwagen der Marktgemeinde keine Prüfplakette mehr erteilt wurde, ergab sich die Notwendigkeit des Ankaufs eines neuen Klein-LKW. Insgesamt sind Ausgaben von 27.719,47 Euro angefallen, die durch die in Aussicht gestellten Bedarfszuweisungsmittel sowie durch Eigenmittel der Marktgemeinde beglichen wurden.

### **Baulanderschließung Inzing**

Im Jahre 1990 wurde ein Grundstück mit 31.110 m<sup>2</sup> (davon wurden 2.375 m<sup>2</sup> an das öffentliche Gut abgetreten) – zu einem Preis von ca. 248.700 Euro (ca. 8 Euro/m<sup>2</sup>) angekauft. Die Marktgemeinde beabsichtigte ursprünglich auf diesem Grundstück die Errichtung des Sportzentrums. Diese Überlegungen haben sich jedoch in der Zwischenzeit gänzlich zerschlagen. Da der Ertrag aus der Verpachtung des Grundstückes (ca. 1.600 Euro) in keiner Relation zum eingesetzten Kapital stand, wurden – u.a. auf Grund unserer Empfehlungen anlässlich der letzten Gebarungseinschau – Überlegungen zu einer Verwertung (Schaffung von Bauland und Veräußerung) angestellt. Diesbezüglich schloss die Marktgemeinde eine Vereinbarung mit der Baulandentwicklungsfonds GmbH & Co über die Verwertung des Grundstückes ab. Mit Beschluss des Gemeinderates vom 11. März 2008 wurde die Verteilung des Verwertungserlöses für verschiedene Verwendungszwecke vereinbart.

Grundsätzlich besteht jedoch die Möglichkeit, dass der Marktgemeinde – bei nicht vollständiger Verwertung des gesamten Areals durch die Baulandentwicklungsfonds GmbH & Co innerhalb einer Frist von acht Jahren – Kosten für den Ankauf von Grundstücken erwachsen.

*Es sollte darauf geachtet werden, dass nicht der gesamte vorläufige Verkaufserlös aufgebraucht wird.*

### **Betreutes Wohnen**

Für die Gemeinde fallen in diesem Zusammenhang Ausgaben für die Außengestaltung sowie die Einrichtung des Gemeinschaftsraumes an.

*Im Hinblick auf die Abwicklung des Vorhabens wird angemerkt, dass das BVergG 2006 zu beachten ist. Insbesondere sind auch bei Direktvergaben entsprechende Vergleichsanbote – u.a. im Sinne des Grundsatzes der Sparsamkeit – einzuholen.*

### **Kanalbau**

Die diversen Kanalbauvorhaben weisen am Ende des Finanzjahres 2008 insgesamt einen Abgang von 244.701,88 Euro auf. Mit der Abwicklung der Vorhaben wurde ein Zivilingenieur für das Bauwesen beauftragt. Die Finanzierung erfolgt größtenteils durch Darlehensaufnahmen und zweckgebundene Anschlussgebühren.

## **Optimierungspotential**

Auf Grund der sehr sparsamen Haushaltsführung ist kein spürbares Einsparungspotential vorhanden.

Betraglich nicht näher festlegbare Mehreinnahmen können durch die Umsetzung des Anschlusszwanges bei der Wasserversorgung erzielt werden.

Eher nur geringfügige Mehreinnahmen sind durch die frühestmögliche Anhebung der Mieten und durch die rigorose Einhebung von Säumniszuschlägen und Stundungszinsen zu erzielen.

Betraglich auch eher nur untergeordnete Einsparungen sind durch günstigere Konditionen beim Kassenkredit erreichbar.

## **Schlussbemerkung**

Die Arbeiten am Marktgemeindeamt werden von den Bediensteten grundsätzlich mit großer Sorgfalt – bei einem sehr sparsam bemessenen Personaleinsatz – wahrgenommen.

Die zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und erforderliche Auskünfte gerne gegeben. Für die konstruktive Zusammenarbeit im Laufe der Prüfung wird ein Dank ausgesprochen.

Die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit wurden in den letzten Jahren grundsätzlich in einem hohen Ausmaß beachtet. Einer Fortsetzung der sparsamen Haushaltsführung kommt im Hinblick auf die durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise stark eingetrübten Rahmenbedingungen besondere Bedeutung zu. Besonderes Augenmerk wird auf eine gesicherte Finanzierung von außerordentlichen Vorhaben zu legen sein. Bei der Vergabe von Aufträgen ist den Bestimmungen des BVergG 2006 entsprechende Bedeutung beizumessen; bei Direktvergaben ist es im Hinblick auf den Grundsatz der Sparsamkeit notwendig, entsprechende Vergleichsangebote einzuholen.

Bei der am 4. November 2009 erfolgten Schlussbesprechung mit Bürgermeister Wolfgang Degeneve, Alt-Bürgermeister Ing. Josef Dopler, dem Amtsleiter und dem Kassensführer konnte bezüglich der Prüfungsfeststellungen weitgehend eine übereinstimmende Auffassung erzielt werden.

Grieskirchen, am 30. November 2009

Die Prüfer:

Herbert Haitzinger

Christoph Kronschläger

Der Bezirkshauptmann:

Mag. Christoph Schweitzer, MBA